



Foto: © bernhard_pixer/PIXELIO

Rendite statt Rente?

Finanzkrise – private Alterssicherung – LINKE Alternativen

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3	Kapitel 5: Die tiefere Ursache der Krise: Umverteilung von unten nach oben	18
Kapitel 1: Von der Rente zur Rendite - rot-grüne Frontalangriffe auf die gesetzliche Rente	4	Kapitel 6: Gute Argumente für die gesetzliche Rente	21
Kapitel 2: Die Profiteure der privatisierten Alterssicherung	7	Kapitel 7: Schlechte Argumente gegen die gesetzliche Rente	23
Kapitel 3: Die Krise erfasst die private Alterssicherung	9	Kapitel 8: Was tun gegen die Jahrhundertkrise? – Die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE	25
Kapitel 4: Betriebsrenten in der Krise	13	Kapitel 9: Die rentenpolitischen Alternativen der Fraktion DIE LINKE	26
Exkurs: Die Wucht der Krise	15	Unsere parlamentarischen Initiativen zur Alterssicherung	28

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Texte: Horst Arenz, Romana Dietzold, Katrin Mohr,
Michael Stamm
Redaktion: Katrin Mohr, Horst Arenz

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.**

Vorwort

„Das ist eine richtige Lungenentzündung des Kapitalmarktes. Und darauf, auf diesen Kapitalmarkt Alterssicherungen zu bauen, heißt auf Sand zu setzen.“

Norbert Blüm, in: „Monitor“ vom 2. April 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

Jahrelang wurde uns erzählt, die gesetzliche Rente sei nicht mehr sicher, weil immer mehr Junge immer mehr Alte ernähren müssten. Wir müssten nun zunehmend privat vorsorgen. Die Versicherungsindustrie und ihre Lobbyisten setzten alles daran, die gesetzliche Rentenversicherung schlechtzureden und die kapitalgedeckte Altersvorsorge in den Himmel zu loben. Sie versprachen traumhafte Renditen, gegen die die gute alte öffentliche Rentenversicherung nur alt aussehen konnte.

Je länger sie redeten und je heftiger sie ihren Einfluss ausübten, desto mehr verding die neoliberale Erzählung von der Unzulänglichkeit staatlich organisierter sozialer Sicherung und der Überlegenheit der Märkte. Auch SPD und Grüne machten sie sich zu eigen und beschlossen im Jahr 2001 und 2004 eine massive Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rente. Bis zum Jahr 2030 wird diese ein Viertel ihres Werts verlieren. Die dadurch im Alter klaffende Lücke sollen die Menschen mit privater Vorsorge schließen.

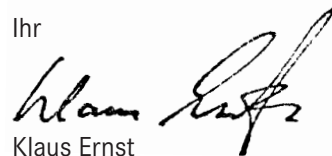
Was aber, wenn die kapitalgedeckte private oder betriebliche Alterssicherung die Lücke nicht schließen kann? Weil die Renditen drastisch zurückgehen. Weil Leistungen nicht mehr garantiert werden können. Weil Betriebe ihre Pensionszusagen empfindlich kürzen.

Weil Pensionssicherungsvereine an ihre Grenzen geraten, wenn Firmen massenhaft in die Insolvenz gehen. Dann droht die Rückkehr massenhafter Altersarmut. Und sie wird auch langjährige Beitragszahlerinnen und Beitragszahler treffen.

Das ist kein Horrorszenario aus einer fernen Welt grauer Theorie. Diese Gefahren sind mit der Finanzkrise und der daraus entstandenen größten Weltwirtschaftskrise seit 1929 sehr real geworden. Internationale Beispiele zeigen ebenso wie die Entwicklungen in Deutschland: Die weltweite Krise lässt die versprochenen Renditen der kapitalgedeckten Alterssicherung in den Keller stürzen.

Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb einen Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik: Die Privatisierung der Rente, ihre Auslieferung an die internationalen Finanzmärkte muss gestoppt werden. Das umlagefinanzierte öffentliche Rentensystem muss gestärkt und wieder zur tragenden Säule der Alterssicherung gemacht werden. Dass dies notwendig, im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung und machbar ist, wollen wir mit dieser Broschüre zeigen.

Ihr



Klaus Ernst
stellvertretender
Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE
im Bundestag



Volker Schneider
rentenpolitischer
Sprecher
der Fraktion DIE LINKE
im Bundestag

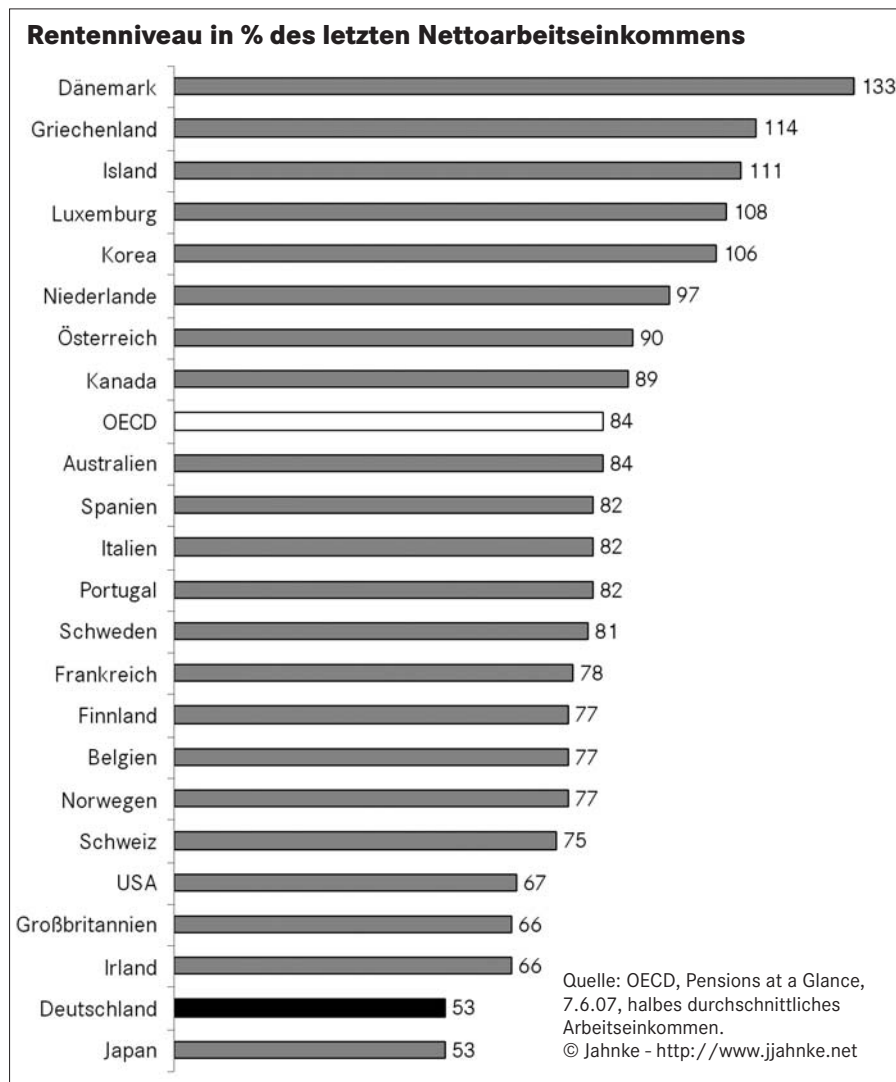
Kapitel 1: Von der Rente zur Rendite – rot-grüne Frontalangriffe auf die gesetzliche Rente

Rot-grüner Paradigmenwechsel

Über Jahrzehnte herrschte in der Bundesrepublik Konsens darüber, dass die umlagefinanzierte gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter sichern soll. Sie sollte den Versicherten einen Lebensabend ermöglichen, der an den Lebensstandard der Erwerbsphase anschließt. Siebzig Prozent des vormaligen Nettoarbeitseinkommens bei 45 Jahren Beitragszahlung galten dabei als Richtgröße. Finanziert wurde das Ganze paritätisch – aus gleichen Beiträgen von Unternehmen und Beschäftigten. Private Zusatzversicherungen und Betriebsrenten konnten das Alterseinkommen auf bis zu 100 Prozent (oder sogar mehr) aufstocken. Sie waren aber bei halbwegs normaler Erwerbsbiografie nicht notwendig, um im Alter ein vernünftiges Auskommen zu haben. Dieses war durch die gesetzliche Rente gewährleistet.

Unter Rot-Grün wurde dieser Konsens aufgekündigt. Das Leistungsziel der gesetzlichen Rente wurde aufge-

geben und stattdessen die Beitragssatzstabilität zum neuen Leitziel erhoben. Der Höchstbeitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung sollte bis zum Jahr 2020 nicht über 20 Prozent und bis zum Jahr 2030 nicht über 22 Prozent steigen. Begründet wurden die Reformen mit dem demografischen Wandel. Wenn immer weniger Beitragszahlende immer mehr Alte ernähren müssten, würden die Beitragssätze unweigerlich steigen. Die Folge wären: höhere „Lohnnebenkosten“, Arbeitslosigkeit und weiter steigende Beiträge. Diese nachweislich falsche Sachzwanglogik (siehe Kapitel 7: Schlechte Argumente gegen die gesetzliche Rente) diente als Argument über die Einführung von Kürzungsfaktoren (siehe unten), drastische Reduzierungen des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung zu beschließen. Die Verantwortung für die entstehende Versorgungslücke wurde privatisiert. Die Beschäftigten sollen nun privat oder betrieblich vorsorgen, um im Alter ihren Lebensstandard halten zu können.



Rot-Grün hat langfristig eine massive Absenkung des Rentenniveaus beschlossen. Dabei ist das Rentenniveau in Deutschland bezogen auf das letzte Nettoarbeitseinkommen jetzt schon gering und rangiert im OECD-Vergleich, gerade für Geringverdienende, auf einem der hintersten Plätze.

Staatliche Förderung privater Vorsorge: Placebo für Versicherte, Verlust für Sozialkassen, Profit für Unternehmen

Damit die Beschäftigten auch tatsächlich privat für das Alter vorsorgen, wurden staatliche Anreize und eine spezielle Form der privaten Altersvorsorge – die Riester-Rente – geschaffen. Vier Prozent ihres Bruttoeinkommens sollen die Beschäftigten darin einzahlen. Der Staat gewährt Zulagen zu den Eigenbeiträgen, so dass sich der Beitrag auf etwa drei Prozent reduziert.

Geblendet von der vermeintlichen Großzügigkeit des Staats sehen die meisten Betroffenen nicht, dass sie trotz dieser Förderung schlechter fahren als mit einer gesetzlichen Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert. Denn an dieser waren die Arbeitgeber noch paritätisch beteiligt. Bei der Riester-Rente zahlen sie überhaupt nicht mehr mit. Auch werden die Zulagen in den meisten Fällen von den horrenden Verwaltungskosten der Riester-Policen aufgeessen.

Die staatliche Förderung der Riester-Rente ist in Wahrheit eine milliardenschwere Subventionierung der Versicherungswirtschaft.

Mit der Rentenreform aus dem Jahr 2001 wurde noch eine weitere staatliche Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge – diesmal der betrieblichen – beschlossen. Beschäftigte haben demnach einen Anspruch, bis zu vier Prozent ihres Bruttoeinkommens in betriebliche Altersvorsorge umzuwandeln. Diese Entgeltbestandteile sind von Steuer und Sozialabgaben befreit, was für die Sozialkassen Ausfälle in Milliardenhöhe bedeutet.

Die beitragsfreie Entgeltumwandlung hat aber nicht nur negative Auswirkungen auf die Finanzbasis der Sozialversicherungen. Sie senkt zudem das Niveau der gesetzlichen Rente um zwei bis vier Prozent, weil sie die verbeitragte Lohn- und Gehaltssumme reduziert, die die Basisgröße für die Rentenerhöhung darstellt. Dies geht zulasten aller gesetzlich Versicherten: Egal, ob die Entgeltumwandlung genutzt wird oder nicht, sie beschleunigt die Absenkung des Rentenniveaus und damit den Legitimationsverlust des Umlage finanzierten Pflichtversicherungssystems.

Auch für die Beschäftigten, die die Entgeltumwandlung nutzen, ist sie nicht nur von Vorteil. Denn geringere Sozialversicherungsbeiträge bedeuten auch geringere Ansprüche auf Rente, Arbeitslosengeld oder Elterngeld. Ob dies durch höhere Betriebsrenten ausgeglichen wird, ist überhaupt nicht ausgemacht.

Annelie Buntenbach, Deutscher Gewerkschaftsbund: „Die Versicherungskonzerne müssen mit realistischen Lebenserwartungen rechnen. Es geht nicht, davon auszugehen, dass jeder Bauarbeiter so alt wird wie Johannes Heesters.“

Die Nachteile der beitragsfreien Entgeltumwandlung übertreffen damit bei Weitem ihre Vorteile. Trotzdem wurde die Subventionierung dieser weiteren Form kapitalgedeckter Altersvorsorge von der großen Koalition auf Dauer gestellt – auf Kosten der gesetzlichen Rente. Diese kostet die „Entgeltumwandlung“ zwei Milliarden Euro im Jahr!

Riester-Rente – von Vorteil erst im Alter von Johannes Heesters

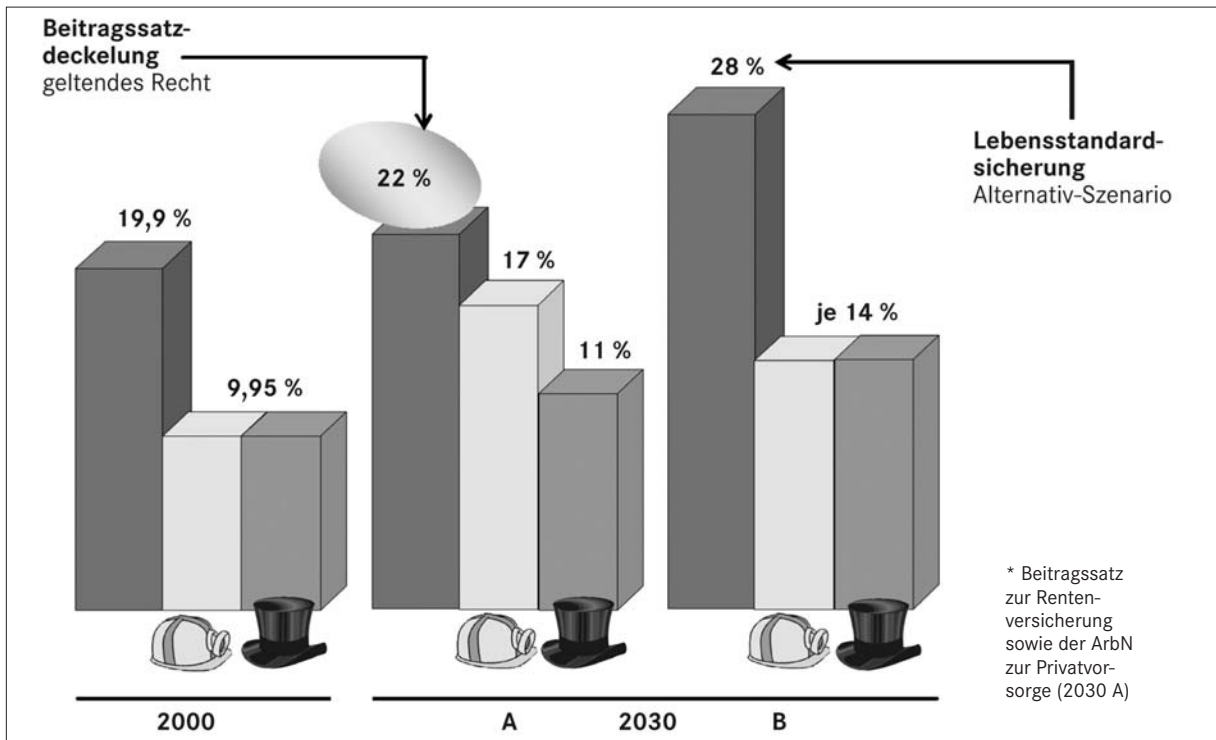
Die Versicherungskonzerne kalkulieren die Auszahlungen der Riester-Rente auf Basis eigener Sterbetafeln, die von einer rund zehn Jahre höheren Lebenserwartung ausgehen als das Statistische Bundesamt. Das führt dazu, dass sich Riester-Renten erst in einem Alter rentieren, das viele – insbesondere Geringverdienende – gar nicht erreichen. Die Gewinne aus dieser großzügigen Kalkulation streichen die Versicherer ein.

Für Rudolf Dreßler, ehemals Sozialexperte der SPD, steht fest: „Dem Rentner wird suggeriert, dass er einen hohen Anteil dieser Subvention auch tatsächlich erhält. Die Wahrheit ist aber, dass er im Durchschnitt nur 87 Jahre alt wird. Die Subvention würde ihn aber erst erreichen, wenn er viel älter wird als 87 Jahre. Also ist das der zweite Skandal. Suggestion: Du erhältst es – Tatsache: Du stirbst vorher.“ Auch der SPD-Gesundheitsexperte Prof. Lauterbach bestätigt dies: „Die Riester-Rente – genau wie die gesetzliche Rente – benachteiligt denjenigen, der eine kurze Lebenserwartung hat. Das sind in der Regel die Einkommenschwachen.“ (beide in: „Monitor“ vom 22. Mai 08)

Hinzu kommt: Die Verwaltungskosten der Riester-Rente liegen bis zu zehnmal so hoch wie die der gesetzlichen Rente und fressen die staatlichen Zulagen weitgehend auf. Die Anlagetätigkeit und die Profite der Versicherungsgesellschaften wollen ja schließlich bezahlt werden!

Privatisierung – teuer und arbeitgeberfreundlich

Die schrittweise Privatisierung der Alterssicherung kommt die Beschäftigten teuer zu stehen. Sie müssen sich die Lebensstandardsicherung, die früher durch die gesetzliche Rente gewährleistet war, nun teuer privat erkaufen. Zusammen müssen sie derzeit knapp 16 Prozent ihres Einkommens aufbringen – ca. 9,95 Prozent für die gesetzliche Rentenversicherung, rund drei Prozent für die Riester-Rente (wenn die staatlichen Zulagen berücksichtigt werden) und weitere drei Prozent, um die durch die Absenkung des Rentenniveaus noch bestehende Lücke zu schließen. Bis zum Jahr 2030 wird dieser Satz auf 17 Prozent steigen. Für die Arbeitgeber ist dagegen der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung auf zehn Prozent bis 2020 und elf Prozent bis 2030 gedeckelt.



Von der Teilprivatisierung der Alterssicherung profitieren also vor allem die Unternehmen und die Versicherungsgesellschaften. Die Beschäftigten zahlen kräftig drauf!

Viele Beschäftigte können sich eine Riester-Rente auch gar nicht leisten oder nur so geringe Beiträge zahlen, dass nicht viel dabei herkommt. Betriebliche Renten werden gerade in Branchen mit niedrigen Löhnen häufig gar nicht angeboten. Für viele Menschen ist daher die Rede von der Lebensstandardsicherung durch die drei Säulen der Alterssicherung (gesetzlich, betrieblich, privat) nur graue Theorie.

Von wegen Lebensstandardsicherung!

Und selbst bei denjenigen, die privat vorsorgen, ist noch gar nicht ausgemacht, ob der Paradigmenwechsel weg von der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente hin zu den drei Säulen – gesetzlich, betrieblich, privat – überhaupt aufgeht. Die Bundesregierung behauptet, mit Riester-Rente und betrieblicher Altersvorsorge sei der Lebensstandard im Alter zu halten. Bereits vor der Krise zeichnete sich allerdings ab: Auch durch private Vorsorge sind die Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung für viele Menschen im Alter kaum zu kompensieren.

Laut Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung von 2008 wird das Gesamtversorgungsniveau aus gesetzlicher Rente und Riester-Rente in Zukunft nicht einmal jenes Sicherungsniveau erreichen, welches bisher allein aus der gesetzlichen Rente geleistet wurde. Dass hierzu noch eine weitere Zusatzabsicherung im Umfang von drei Prozent notwendig wäre, ist den meisten Menschen nicht bekannt.

Hinzu kommt: Durch die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise werden die Erträge aus der privaten und betrieblichen kapitalgedeckten Altersvorsorge massiv zurückgehen. Die Riester-Rente und andere kapitalgedeckte Sicherungssysteme werden die ihnen zugedachte Rolle noch weniger erfüllen können. Von einem „Ersatz“ oder einer „Kompensation“ für das sinkende Niveau der gesetzlichen Rente kann keine Rede mehr sein! Altersarmut wird für viele wieder zum bitteren Schicksal werden – auch für langjährig Versicherte.

Die Rentenkürzungsfaktoren:

- Der „Riester-Faktor“ (offiziell: Altersvorsorgeanteil) ist ein gesetzlich festgelegter Wert, der das Niveau der gesetzlichen Rente senkt, damit die Beiträge nicht steigen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen im Gegenzug stärker privat vorsorgen.
- Der Nachhaltigkeitsfaktor drückt das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern aus. Steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, kann er positiv wirken. Verschlechtert sich die Lage am Arbeitsmarkt, mindert er die Rentenanpassung.
- Der Nachholfaktor (offiziell „modifizierte Schutzklausel“): Mit ihm werden ab 2011 alle wegen der Schutzklausel im Sozialgesetzbuch VI nicht erfolgten Dämpfungen nachgeholt. Er halbiert dann die jährliche Anpassungsrate.

Kapitel 2: Die Profiteure der privatisierten Alterssicherung

Dass die Reise hin zur Teilprivatisierung der Alterssicherung gehen sollte, war bereits im Bundestagswahlkampf 1998 klar. Der Kanzlerkandidat der SPD, Gerhard Schröder, dessen Wahlkampf vom Finanzdienstleister AWD gesponsert wurde, propagierte die Einführung des heutigen Dreisäulenmodells. Dies bedeutet im Kern nichts anderes als ein Zurückstutzen der gesetzlichen Rente und die staatlich geförderte Ausweitung der privaten Vorsorge. Diese radikale Umkehr wurde von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2001 als „Jahrhundertreform“ verkauft, mit der die Alterssicherung sicher und zukunftsfähig gemacht würde.

Die Argumente von damals sind die Argumente von heute (siehe Kapitel 7: Schlechte Argumente gegen die gesetzliche Rente). Sinkt das Leistungsniveau nicht, steigen die Beiträge, denn der demografische Wandel führt dazu, dass die Jüngeren mehr für die Alten zahlen müssen. Der politische Kampfbegriff der Generationengerechtigkeit war geboren. Zu hohe „Lohnnebenkosten“ gefährdeten zudem die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten deutschen Wirtschaft. Scheinbar einziger und alternativloser Ausweg: die Privatisierung.

Lobbyisten der Versicherungswirtschaft lieferten fleißig Argumente für die „Rentenreformen“!

Ausgearbeitet wurden diese Begründungszusammenhänge maßgeblich von Wissenschaftlern, die im Auftrag des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) vor der Reform umfassende Gutachten vorlegten, die viel Beachtung fanden und deren Erkenntnisse sich ebenfalls in den Regierungsentwürfen zur Rentenreform wiederfanden. Viele der Herren sind heute noch gut im Geschäft. Unter ihnen der auch von der jetzigen Regierung sehr geschätzte „Rentenfachmann“ Axel Börsch-Supan, Leiter des von Versicherungskonzernen und Banken finanzierten Instituts MEA, das sich mit dem demografischen Wandel beschäftigt.

Der Bundesverband Deutscher Investmentgesellschaften (BVI) förderte seit dem Jahr 2000 gar einen universitären Investment-Lehrstuhl in Frankfurt am Main, der insbesondere bei Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium die Brancheninteressen vertrat.

So schimmerte dann auch bald das zentrale Motiv für die Reform durch: Der Finanzplatz Deutschland sollte gestärkt und ausgebaut werden. Neue Anlageprodukte wurden angeblich gebraucht, um den Finanzstandort Deutschland zu sichern. Folglich spielten bei der Rentenreform Finanzminister Eichel und sein Ministerium eine Schlüsselrolle, die für die Ausgestaltung und Förderung der neuen Anlageprodukte zuständig waren.

Die Versicherungswirtschaft und die Banken buhlten konkurrierend um die konkrete Einflussnahme auf die Rentenreform. Sie schickten ihre Lobbyisten aus Wissenschaft und Politik in die Beratungsgremien und weiteten ihre Parteispenden gerade auch an SPD und Grüne aus. Nicht wenige der damaligen politischen Akteure aus Regierung und Parlament hatten Aufsichtsratsposten bei Banken oder Versicherungen oder dort zuvor einen Arbeitsplatz. Sie hatten schon „von Haus aus“ ein offenes Ohr für die Anliegen der Finanzdienstleister bei der Rentenreform.

Riester und Rürup – Erfüllungsgehilfen der Versicherungswirtschaft

Die Finanz- und Versicherungswirtschaft haben sich mit der privaten Riester-Vorsorge ein neues lukratives Betätigungsfeld auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten geschaffen: Bis zum Jahr 2008 wurden bereits circa 3,5 Milliarden Euro an staatlicher Subventionierung für die Riester-Rente geleistet. Würden alle Riester-Förderberechtigten den maximalen Beitrag von 4 Prozent ihres Bruttolohns leisten, entstünde bis zum Jahr 2050 ein Kapitalstock von rund 2,3 Billionen Euro! Denn im gezielten Aufbau und der Förderung der kapitalgedeckten individuellen und betrieblichen Altersvorsorge liegt für die Finanzdienstleistungsbranche der wesentliche Kern der „Reform“. Die Bundesregierung hilft, wo sie kann: Neben der „Anschubfinanzierung“ über die staatlichen Subventionen hat sie seit dem Jahr 2002 mit einem Aufwand von knapp sechs Millionen Euro mit Broschüren, Anzeigen und einer eigenen Kommunikationskampagne für die Geschäfte der privaten Versicherungswirtschaft geworben.

Kapitalinteressen waren bei der Umlenkung von Versichertengeldern in die eigenen Kassen nicht unbeteiligt. So wie seinerzeit DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schremp kurz vor Oskar Lafontaines Rücktritt bei Schröder gegen den damaligen Bundesfinanzminister vorstellig wurde, so pflegten auch Vertreter der Versicherungsbranche den engen Kontakt mit dem Basta-Kanzler. Berühmt geworden ist die enge Männerfreundschaft zwischen den Genossen Gerhard Schröder und Karsten Maschmeyer, dem langjährigen Chef des „Finanzoptimierers“ AWD, einem der führenden deutschen Vermittler privater Altersvorsorgeprodukte.

Die vermeintlich unabhängigen Berater machten später Karriere in der Finanzwirtschaft.

Beispiellos ist wohl die Karriere des ehemaligen Vorsitzenden des Sachverständigenrats und des Sozialbeirats, Prof. Bert Rürup. Der SPD-Genosse beriet an herausragender Stelle die Bundesregierung in Rentenfragen seit dem Jahr 2000. Er leitete die nach ihm benannte Rentenkommission, die der rot-

grünen Regierung dringend ans Herz legte, ab 2004 das Rentenniveau nochmals abzusenken und die private Altersvorsorge auszuweiten. Nach dem Motto „Die Scham ist vorbei“ wechselte Rürup im April 2009 als ökonomischer Chefberater zur AWD. Er soll dem Konzern als Sonderberater für die Erschließung neuer internationaler Märkte für betriebliche und private Altersvorsorgeprodukte zur Seite stehen. Rürup wird nun also genau jene Produkte vertreiben, die er selbst während seiner langjährigen Beratertätigkeit für wechselnde Bundesregierungen immer wieder empfohlen oder selbst entwickelt hat. Erst hat Rürup für die Bundesregierung das Drehbuch für die Zerschlagung der gesetzlichen Rente geschrieben, jetzt sichert er seine Altersbezüge durch den Verkauf seiner eigenen Produkte ab. Um seine Nähe zur Versicherungswirtschaft hat sich Rürup nie wirklich gesichert. Auch er steht seit Jahren wie Walter Riester auf ihren Honorarlisten. Diejenigen, die auf den Rentenklau und die millionenschweren Werbefeldzüge von Bundesregierung und privater Versicherungswirtschaft reingefallen sind, finanzieren jetzt die Provisionen und das Millionengeld von Rürup und Co.

Auch der Namensgeber der „Riester-Rente“, der ehemalige SPD-Sozialminister Walter Riester, sorgte für sich. Riester lohnt sich für Riester, schien sein Motto. So listet der Bundestag für Riesters Vortragsreisen bei der deutschen Finanzindustrie in dieser Legislaturperiode fast 70 veröffentlichungspflichtige Tätigkeiten neben seinem Mandat im Parlament auf.

Riester hat in den letzten vier Jahren mindestens 450.000 Euro für Vorträge neben seiner Abgeordnetentätigkeit eingenommen. „Ich verkaufe mich nicht unter Wert“, erklärt der Mann aus Göppingen dazu knapp. Nun hat auch Riester den lukrativen Sprung auf die andere Seite geschafft. Am 1. Oktober 2009 wechselt er in den Aufsichtsrat der Union Asset Management Holding, die auch Produkte zur privaten Altersvorsorge vertreibt.

Wenn von den Profiteuren der Privatisierung der Alterssicherung die Rede ist, dürfen die dubiosen Praktiken der Versicherungskonzerne zur Akquirierung von Kunden nicht außen vor gelassen werden. In TV-Magazinen waren die aggressiven Methoden eine Zeitlang Dauerthema, mit denen Bankberater unter Druck gesetzt wurden, ihren Kunden Altersvorsorgeprodukte aufzuschwatzen, der Fall der in der Krise wertlos gewordenen Lehmann-Zertifikate erhielt bundesweite Aufmerksamkeit. Sekretäre der Gewerkschaft ver.di berichten, dass – bedingt durch den in der Krise verschärften Konkurrenzkampf – die Methoden sogar noch rücksichtloser geworden sind. Die Forderung der LINKEN nach Beweislastumkehr zu Lasten der Bank bei fehlerhafter Beratung hat die Koalition abgelehnt.

Die Auslieferung der Alterssicherung an die Finanzmärkte ist gleichbedeutend mit der Auslieferung der Anleger an das Provisionsinteresse der Bankberater.

Spenden von Banken und Versicherern

DIE LINKE ist als einzige Partei im Bundestag frei von Spendenlast

	SPD	GRÜNE	CDU	CSU	FDP
1998	Deutsche Bank: 107.576 Dresdner Bank: 51.334 GDV: 12.271		Commerzbank: 11.880 Deutsche Bank: 260.225 DVAG: 58.798 Dresdner Bank: 127.823	Bay.Hypo- und Vereinsbank: 10.277 Deutsche Bank: 51.129 Deutscher Sparkassen- und Giroverband: 12.782 Dresdner Bank: 35.790	Deutsche Bank: 77.287 DVAG: 25.565 Dresdner Bank: 35.872
1999	Dresdner Bank: 51.385	Dresdner Bank: 25.565	Deutsche Bank: 376.822 DVAG: 16.873 Dresdner Bank: 102.258 Gothaer: 11.504	Dresdner Bank: 35.790	Deutsche Bank: 76.694 Dresdner Bank: 35.790
2000	Allianz: 25.565	Dresdner Bank: 25.565	Allianz: 51.129 Deutsche Bank: 250.533 DKV: 11.760 Dresdner Bank: 112.484	Bay. Hypo- und Vereinsbank: 35.918 Dresdner Bank: 35.790	Deutsche Bank: 51.129 Dresdner Bank: 35.790
2001	Allianz: 127.823 Deutscher Sparkassen- und Giroverband: 30.678 Dresdner Bank: 51.130	Allianz: 51.130 Deutsche Bank: 20.452	Allianz: 127.823 Commerzbank: 58.799 Deutsche Bank: 224.968 DVAG: 15.339 Dresdner Bank: 20.452 Wüstenrot: 11.248	Allianz: 76.694 Bay.Hypo- und Vereinsbank: 35.893 Commerzbank: 25.565 Deutsche Bank: 25.565	Allianz: 76.694 Commerzbank: 25.565 Deutsche Bank: 66.468 DVAG: 28.121 Deutscher Sparkassen- und Giroverband: 12.783
2002	Allianz: 125.000 Bay. Hypo- und Vereinsbank: 15.000 Commerzbank: 75.000	Allianz: 50.000 Commerzbank: 25.000	Allianz: 125.000 Bay. Hypo- und Vereinsbank: 15.000 Commerzbank: 150.000 Deutsche Bank: 261.265 Dresdner Bank: 11.225,84 Wüstenrot: 16.000	Allianz: 75.000 Bay. Hypo- und Vereinsbank: 32.750 Commerzbank: 100.000 Deutsche Bank: 50.000	Allianz: 75.000 Commerzbank: 50.000 Deutsche Bank 50.000
2003	DiBa: 11.000 Allianz: 60.000 Deutsche Bank: 100.000	Allianz: 60.000	Allianz: 60.000 Deutsche Bank: 251.230 DVAG: 20.000 Wüstenrot: 10.500	Allianz: 50.000 Deutsche Bank: 20.000	Allianz: 50.000
2004	Allianz: 60.001 Deutsche Bank: 100.000	Allianz: 60.001	Allianz: 60.001 Deutsche Bank: 325.800 DVAG: 90.000 Hanse Merkur: 25.000 Signal Iduna: 11.500 Wüstenrot: 11.750	Allianz: 60.001 Deutsche Bank: 25.000	Allianz: 50.001 Deutsche Bank: 100.000 DVAG: 30.000 IDUNA: 10.500
2005	Allianz: 60.001 Deutsche Bank: 30.000	Allianz: 60.001	Allianz: 60.001 AMB Generali: 16.500 Commerzbank: 150.000 Deutsche Bank: 425.400 DVAG: 226.150 Hanse Merkur: 25.000 IDEAL: 20.000 Wüstenrot: 10.500	Allianz: 60.001	Allianz: 50.001 Commerzbank: 50.650 Deutsche Bank: 200.250 DVAG: 45.000 Hanse Merkur: 25.000 Wüstenrot: 15.000
2006	Allianz: 60.001 Commerzbank: 75.000	Allianz: 60.001 Commerzbank: 25.000 Deutsche Bank: 25.000	Allianz: 60.001 Commerzbank : 100.000 Deutsche Bank: 305.000 DVAG: 120.000	Allianz: 60.001 Commerzbank: 50.000	Allianz: 50.001 Commerzbank: 60.000 Deutsche Bank: 220.000 DVAG: 45.000
2007	Allianz: 60.001	Allianz: 60.001	Allianz: 60.001 Deutsche Bank: 200.000	Allianz: 60.001	Allianz: 50.001 Deutsche Bank: 200.000 DVAG: 54.000
2008	Allianz: 160.001 Commerzbank: 100.001	Allianz: 60.001	Allianz: 60.001 Commerzbank: 100.000 DVAG: 100.000	Allianz: 60.001	Allianz: 50.001
€	1.548.768	607.717	5.333.544	999.072	2.078.163

Alle genannten Banken und Versicherungen bieten Riester-Renten an. Die wichtigsten Partner der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) sind die AMB Generali Gruppe (siehe CDU 2005) und die Deutsche Bank. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherer (siehe SPD 1998) ist die Dachorganisation der privaten Versicherer in Deutschland und umfasst 468 Mitgliedsunternehmen. Insgesamt spendeten Finanzdienstleister in den letzten 10 Jahren ca. 10,4 Millionen €. Quellen: Rechenschaftsberichte der Parteien nach dem Parteiengesetz (1998 – 2006) bzw. auf der Basis von Unterrichtungen des Bundestagspräsidenten an den Bundestag über die unverzügliche Anzeige von Spenden, die im Einzelfall 50.000 € übersteigen, veröffentlicht in Bundestagsdrucksachen (2007 – 2008).

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, www.linksfraktion.de

Die Banken und Versicherer haben die Privatisierung der Alterssicherung den Regierungen Schröder und Merkel großzügig gedankt.

Kapitel 3: Die Krise erfasst die private Alterssicherung

Keine zehn Jahre ist der Einstieg in die Teilprivatisierung der Alterssicherung her, da werden die Finanzmärkte von einer beispiellosen Krise erfasst. Sie droht die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen und erfasst auch die kapitalgedeckte Alterssicherung.

Kapitaldeckungsverfahren bedeutet, dass ein Kapitalstock gebildet wird, aus dessen Erträgen Auszahlungen bestritten werden. Dagegen zahlen beim Umlageverfahren Beschäftigte und Unternehmen in eine Sozialversicherung ein, aus der die Renten der heutigen Rentnerinnen und Rentner direkt bezahlt werden.

Die kapitalgedeckte Alterssicherung ist aber nicht nur Opfer der Krise, sondern auch deren Mitverursacherin.

Nach Angaben der OECD beläuft sich der Umfang der kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme heute weltweit auf 30 Billionen US-Dollar. Diese riesigen, in Pensionsfonds, Pensionskassen, Lebensversicherungen und Vorsorgekassen gesammelten Summen waren zusammen mit der Umverteilung von unten nach oben (siehe Kapitel 5: Die tiefere Ursache der Krise) der entscheidende Grund, warum die Finanzanlagen heute auf knapp 200 Billionen US-Dollar angestiegen sind. Sie sind damit dreimal so schnell gestiegen wie das weltweite Bruttosozialprodukt. Da diese enormen Geldsummen nicht mehr genügend profitable Investitionsmöglichkeiten fanden, haben sie sich zu einer enormen Liquiditäts- und Vermögensblase aufgebaut, die nun geplatzt ist. Die globale Krise, die das ausgelöst hat, hat dramatische Folgen für die privaten Alterssicherungssysteme.

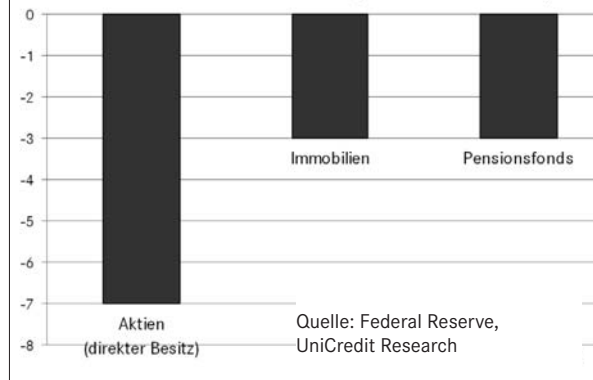
Die Blase platzt – die private Alterssicherung gerät weltweit unter Druck

Wie stark die Auswirkungen der Krise der Finanzmärkte auf die private Alterssicherung sind, sollen einige Zahlen verdeutlichen. Die seit Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 eingetretenen Verluste der US-Pensionsfonds werden auf drei Billionen Dollar geschätzt. Die Pensionsverpflichtungen dieser Fonds sind zu einem Viertel nicht mehr gedeckt. Exemplarisch hierfür sind die Probleme des größten US-amerikanischen Pensionsfonds Calpers für die Beamten des Staates Kalifornien. Calpers hatte in der Vergangenheit durch massives Engagement in riskanten Immobilienanlagen, Aktien- sowie Hedge- und Private-Equity-Fonds Traumrenditen von bis zu 16 Prozent erzielt. Der krisenbedingte Verlust von etwa 20 Prozent dieser Vermögen bereitete den Beamtenträumen ein jähes Ende.

Auch Europa bleibt nicht verschont. Beispiel Niederlande: „Die Aktien der Rentenfonds sind kaum noch etwas wert, die Verluste reißen monströse Löcher in deren Bilanzen. Das gesamte Rentensystem ist

Wie die Finanzkrise die US-Amerikaner ärmer macht

Die US-Amerikaner haben wegen der Krise Tausende Milliarden verloren ...
Verlust seit dem dritten Quartal 2007 (in Billionen US-Dollar)

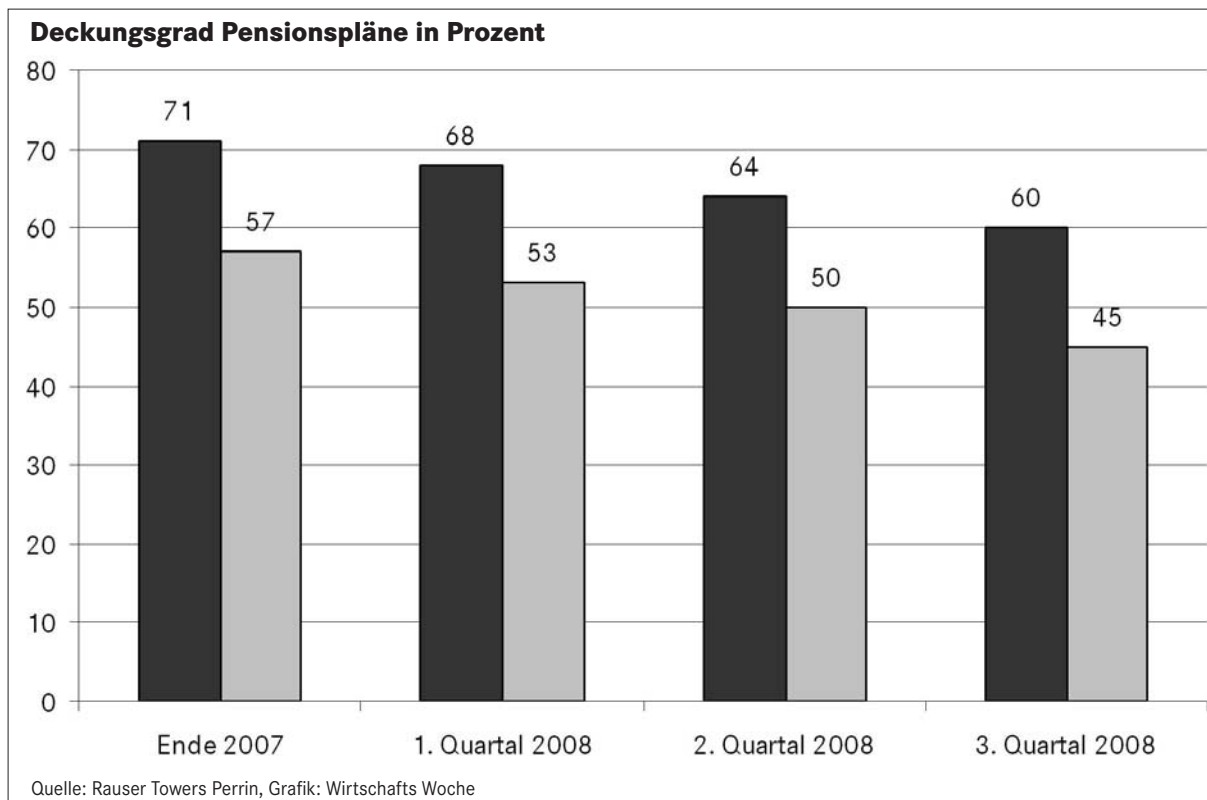


bedroht“, schreibt das Handelsblatt am 8. Mai 2009. Die meisten der rund 600 Fonds haben die Beiträge um bis zu 50 Prozent erhöht. Beispiel Schweiz: Dort wiesen Ende 2008 drei Viertel aller Pensionskassen eine Unterdeckung auf, das heißt, die Kassen haben nicht genügend Geld, um ihre Pensionsverpflichtungen langfristig zu erfüllen.

Auch in Deutschland ist die private Vorsorge gefährdet

Die verbreitete Einschätzung, dass die privaten Alterssicherungssysteme in Deutschland krisenfester als in anderen Ländern sind, zerbröselt im Tempo der Abwärtsspirale. Zwar gibt es in Deutschland tatsächlich verschiedene Sicherungssysteme wie etwa den Sicherungsfonds Protektor, der im Fall der Pleite eines Versicherungskonzerns für dessen Leistungspflichten haftet. Auch sind bei der Riester-Rente mindestens die eigenen Beiträge und die staatlichen Zulagen garantiert. Das schützt jedoch nicht vor einem Einbruch der Renditen. Pensionsfonds und Lebensversicherungen, die auf riskante Anlageformen setzen, verzeichnen zum Teil dramatische Wertverluste.

In den Jahren 2002 und 2003 wurde mit den rot-grünen Rentenreformgesetzen die Gründung außerbilanzieller Pensionsfonds zugelassen und damit die betriebliche Alterssicherung stärker an die Kapitalmärkte gekoppelt. Die Anlagebeschränkungen für Pensionsfonds wurden von der Schröder-Regierung aufgeweicht, sodass auch in Hedge- und Private-Equity-Fonds investiert werden konnte. Da zum Beispiel Hedgefonds keinen Anlagebeschränkungen unterliegen, wurden so die letzten Sicherungsdämme geschleift. Die Pensionsfonds wurden zu einer zentralen Quelle für den Boom bei Hedge- und Private-Equity-Fonds.



Die Unternehmensberatung Rauser Towers Perrin hat berechnet, wie stark die Pensionspläne von Dax und MDax-Unternehmen in diesem Jahr unter der Finanzkrise gelitten hätten, wenn die Konzerne das Kapital weiterhin wie Ende 2007 angelegt hätten. * Danach sank bei Dax-Unternehmen der Anteil der Pensionsgelder, die mit Aktien, Anleihen oder Immobilien gedeckt sind, bis Ende September auf 60 Prozent.

* Dax-MDax-Unternehmen: 62/54 Prozent europäische Anleihen, 23/28 Prozent europäische Aktien, 15/18 Prozent internationale Aktien;

Heute wird mit dem Zusammenbruch von etwa der Hälfte der rund 10.000 Hedgefonds weltweit gerechnet. Private-Equity-Fonds geraten in existenzielle Refinanzierungsprobleme, weil die Banken auf Rückzahlung der extrem hohen Schuldenfinanzierung mit Fremdfinanzierungssätzen von bis zu 90 und mehr Prozent bestehen. Die Folgen für Pensionsfonds sind vorprogrammiert.

Massive Verluste bei Pensionsfonds

Von der Ausplatzierung ihrer Pensionsverpflichtungen in externe Pensionskassen oder Treuhandgesellschaften haben vor allem die Dax-Konzerne kräftig Gebrauch gemacht.

Deren Vermögen ist laut Handelsblatt vom 6. Februar 2009 nun durch die Krise um 12 Prozent auf 125 Milliarden Euro geschrumpft – bei bestehenden Pensionsverpflichtungen von 191 Milliarden Euro! Infolge der Finanzkrise sind die ausgelagerten Rentenlasten dieser 30 Firmen nur noch zu 65 Prozent mit Vermögen gedeckt (bei MDax-Firmen sogar nur noch zur Hälfte).

Es fehlt derzeit also ein Drittel des notwendigen Geldes, um die Renten langfristig zahlen zu können. Liegen die Gelder bei Treuhandgesellschaften, muss das Unternehmen den Verlusten entsprechend Geld

zur Seite legen. Diese sogenannten Rückstellungen belasten das Unternehmen aber zusätzlich – ein Teufelskreis.

Bei den großen Dax-Konzernen klappt eine Lücke von rund 70 bis 100 Milliarden Euro an Pensionsverpflichtungen!

Der Renditen der Pensionsfonds rutschen entsprechend in den Keller. Die Pensionsverträge von Daimler verzinsen sich nur noch mit 5,5 Prozent, im Jahr 2006 waren es noch 9,5 Prozent. Der Metall-Pensionsfonds, der auch Geld für Mitarbeiter von Miele, Opel oder EADS verwaltet, rutschte beispielsweise, weil riskanter aufgestellt, im vergangenen Jahr mit 2,6 Prozent ins Minus, im Jahr 2006 war er mit 10,5 Prozent noch deutlich im Plus.

Aber nicht nur durch die Auslagerung der Betriebsrenten auf Pensionsfonds droht Gefahr. Der Staat hat mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viele Banken gerettet. Diesen hat er aber – richtigerweise – verboten, Dividenden auszahlen, solange sie staatliche Gelder in Anspruch nehmen. Für Rentenfonds kann dies jedoch gravierende Folgen haben: Haben sie in „notleidende“, staatlich gestützte Banken investiert, fehlen ihnen nun die Dividendenausschüttungen. Mit diesen aber haben die Fonds fest gerechnet, um ihre Verpflichtungen zahlen zu können.

Zwar übernimmt in Deutschland – im Unterschied zu den USA – im Falle der Insolvenz des Unternehmens der Pensionsversicherungsverein die Zahlung der Betriebsrenten. Bei der Pleite eines Versicherers springt der brancheneigene Sicherungsfonds Protektor ein.

Im Falle massenhafter Firmenzusammenbrüche kann auch die Insolvenzversicherung schnell an ihre Grenzen stoßen. Bei den Verhandlungen zur Rettung von Opel stellte sich heraus, dass Opel Betriebsrentenverpflichtungen in Höhe von vier Milliarden hat. Diese würden im Fall einer Pleite auch den Pensionsversicherungsverein schwer belasten. Für einen Investor stellen sie eine hohe Bürde dar.

Die Sicherungssysteme springen auch nur bei Insolvenz des jeweiligen Unternehmens ein. Sie schützen nicht vor Kürzungen bei den Rentenzusagen. Zudem gilt die Garantie nur für erworbene Ansprüche. Künftige Kürzungen oder gar die Rücknahme von Unternehmenszusagen sind möglich. Auch die Garantiezinsen privater Versicherer können abgesenkt oder gar nicht mehr angeboten werden.

Renditen von Lebensversicherungen brechen ein

Es sind jedoch nicht nur die Pensionsfonds durch die Krise gefährdet. Auch die Lebensversicherungen, deren Renditen bereits seit längerem schwächeln, geraten in den Sog der Finanzmärkte.

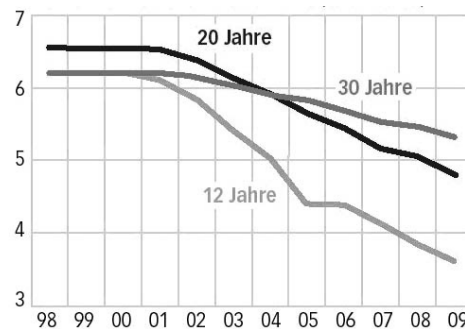
Der jüngste MAP-Report zu 80 Anbietern privater Rentenversicherungen kommt laut Welt Online (vom 21. April 2009) zu dem Fazit: „Wer eine private Rentenpolice abgeschlossen hat, muss wegen der Niedrigzinsen am Kapitalmarkt und der immer höheren Lebenserwartung mit zum Teil deutlich sinkenden monatlichen Rentenzahlungen rechnen.“ In heute abgeschlossenen Verträgen hat sich die garantierte Auszahlung im Vergleich zu einem Abschluss vor 30 Jahren im Durchschnitt um 20.000 Euro vermindert. Die Renditen der Lebensversicherer waren vor zehn Jahren noch doppelt so hoch. Der Garantiezins, die vertraglich abgesicherte Mindestverzinsung, ist in den letzten 15 Jahren von vier auf 2,25 Prozent gefallen.

Es gibt in Deutschland 94 Millionen Lebensversicherungspolizen. Deutschen Lebensversicherungskonzernen ist zwar eine Anlage in Aktien zu mehr als 35 Prozent ihres Vermögensbestands untersagt. Gefahren drohen aber an ganz anderer Stelle.

Lebensversicherungen sind zu einem erheblichen Teil in Kreditverbriefungen engagiert. Nach Daten der WestLB (siehe FAZ vom 24. Januar 2009) hatte die Allianz Ende des dritten Quartals 2008 120 Milliarden Euro Kreditverbriefungen in den Büchern, die heute wertlos sind. Das entspricht dem Vierfachen des Nettovermögens. Die Münchner Rück hält Verbriefungen über 14 Milliarden Euro, Swiss Re 27 Milliarden Euro und Aegon mit dem Zehnfachen des Nettovermögens.

... auch die Lebensversicherung bringt immer weniger Rendite ...

Rendite auf dem Kapitallebensversicherungen bei 1200 Euro Jahresbeitrag drei verschiedene Laufzeiten in Prozent



Quelle: Map Report

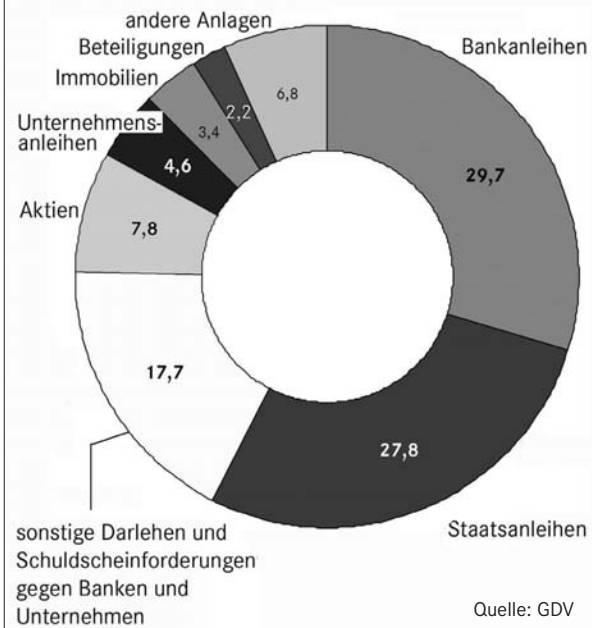
Eine Anfrage der Finanzaufsicht ergab, dass jeder dritte deutsche Versicherer über die Anlage bei besonders rendite- und damit risikostarken Fonds (wie dem 800 Millionen Euro schweren Oppenheim-ABS-Fonds) erheblich in den krisengeschüttelten US-Immobilienmarkt investiert hat. So zitiert das Handelsblatt einen Branchenexperten, demzufolge „erhebliche Teile der festverzinslichen Anlagen der Versicherungen indirekt auch in Produkten wie ABS stecken“ (Wirtschaftswoche vom 14. August 2007). ABS sind das Musterexemplar für Giftmüllpapiere, die immer noch in Billionenhöhe in den Bankenbüchern schlummern.

Auch Hedgefonds sind bei (fondsgebundenen) Lebensversicherungen in Mode gekommen. Der Schweizer Versicherungskonzern SwissLife wurde durch die Einbrüche der Hedgefonds erheblich getroffen. Lebensversicherer sind in den letzten Jahren auch zunehmend zur Absicherung ihrer Anlagen über Derivate übergegangen. Dieser Bereich „moderner“ Finanzkonstruktionen, der weltweit das unvorstellbare Volumen von 600 Billionen US-Dollar erreicht hat, hatte einen wesentlichen Einfluss bei den aktuellen Erschütterungen der Finanzmärkte. Nicht selten sind bei Anlagen in fondsgebundene Lebensversicherungen oder in Derivate mehr als die Hälfte der Ersparnisse durch die Finanzkrise verloren gegangen.

Kritisch wird es auch beim Thema Bankanleihen: Nach einer im ARD-Magazin „plus-minus“ am 17. März 2009 zitierten Studie haben deutsche Versicherer zu 50 bis 60 Prozent in deutsche Banktitel investiert, viel stärker als im internationalen Vergleich. Die Bankanleihen stünden zu 100 Prozent in den Büchern. Der tatsächliche Marktwert liege aber zwischen 70 und 80 Prozent. Die dadurch entstehenden „stillen Lasten“ von 40 Milliarden Euro überstiegen erstmalig die „stillen Reserven“ der Versicherer. Bei andauernder Krise stünden mindestens 20 bis 25 Lebensversicherer auf der Kippe. Es drohe ein „Fass ohne Boden“, für das letztlich der Staat aufkomme. Auch der SPIEGEL sorgt sich um die privaten Alterssicherungen. Mitte Juli berichtet das Magazin, von mindestens „30 Ver-

Am Tropf der Banken

Wie die Versicherer das Geld der Anleger verteilen (in Prozent, gerundet)



sicherungen und Pensionskassen“ seien die „stillen Reserven verschwunden, die sich über viele Jahre aus der Differenz zwischen Buch- und aktuellen Marktwerten in den Bilanzen aufgebaut hatten. Viele Lebensversicherer lebten 2008 von der Substanz.“ (SPIEGEL 30/2009)

Und was ist mit den Riester-Renten?

Vonseiten der Bundesregierung wird immer wieder behauptet, Riester-Renten seien von der Finanzkrise nicht betroffen, weil die eingezahlten Beiträge und die staatlichen Zulagen gesetzlich garantiert sind. Die Riester-Sparenden bekämen mindestens diese Summe wieder heraus – egal, was an den Finanzmärkten passiert. Wenn nicht das Finanzsystem komplett zusammenbricht, ist das tatsächlich auch richtig. Was

die Bundesregierung aber verschweigt: Ein Riester-Kapital mit einer solchen Nullverzinsung wird durch Inflation stark entwertet, da es nicht indexiert ist. Die Entwertung kann bei einer durchschnittlichen Inflation von zwei Prozent über 30 Jahre bis zu 45 Prozent betragen.

Der Ertrag der Riester-Renten lebt von der Verzinsung und von den Überschussbeteiligungen. Gehen diese zurück, beeinträchtigt das in beträchtlichem Maße den Ertrag der privaten Altersvorsorge. Dass das geschieht, ist bereits jetzt absehbar. So fallen in den Jahresmitteilungen der Versicherer die Überschussbeteiligungen bei vielen Produkten für das Jahr 2008 bereits sehr mager aus oder völlig weg. Bei Produkten mit Garantieverzinsung werden über Jahre keine nennenswerten Überschussbeteiligungen mehr zu erwarten sein, weil die Versicherer diese zur Bedienung der garantierten Zusagen oder zu ihrer eigenen Sanierung verwenden werden.

Erholen sich die Renditen und Überschussbeteiligungen auf Dauer nicht deutlich, wird bei der zusätzlichen privaten Altersvorsorge nur ein Bruchteil des Ertrags herauskommen, mit dem die Politik rechnete, als sie die Wende zur zusätzlichen privaten Vorsorge vollzog.

Eine Lebensstandardsicherung wird dann auch durch die Kombination von gesetzlicher und privater Alterssicherung nicht möglich sein. Viele Menschen werden im Alter von lausigen Renten leben müssen und in die Altersarmut rutschen.

Und selbst wenn sich die Renditen auf niedrigem Niveau stabilisieren: Bei der privaten Altersvorsorge werden bis zu 20 Prozent der Beiträge durch Verwaltungskosten aufgefressen – bei der gesetzlichen Rente sind es dagegen nur zwei bis drei Prozent. Die Renditen müssten also schon auf einem mittleren Niveau dauerhaft stabil sein, damit bei der Riester-Rente einigermaßen etwas herkommt. Wer mag das in diesen Zeiten versprechen – geschweige denn die Alterssicherungspolitik einer gesamten großen Volkswirtschaft darauf bauen?!

Kapitel 4: Betriebsrenten in der Krise

Auch Betriebsrenten sind von der Finanzkrise betroffen, allerdings je nach Durchführungsweg in unterschiedlichem Maße.

Das System der betrieblichen Altersvorsorge gleicht in Deutschland einem Flickenteppich (siehe Grafik): Allein fünf verschiedene Durchführungswege mit unterschiedlichen Anlageformen und Sicherheiten gibt es: Neben der Unterstützungskasse, der Direktversicherung, der Pensionskasse und den Pensionsfonds ist die Direktzusage mit Abstand der bedeutendste Durchführungsweg der betrieblichen Altersvorsorge. Der Kapitalstock aller fünf Durchführungswege bezifferte sich im Jahr 2006 auf gut 420 Milliarden Euro.

Bei der Direktversicherung schließt das Unternehmen eine Police für seinen Arbeitnehmer ab und überweist einen Teil des Gehalts seines Beschäftigten als Beitrag an den Versicherer. Die abgesicherten Risiken trägt das Unternehmen selbst. Der Betrieb zahlt

die „direkt zugesagten“ Renten aus den laufenden Einnahmen. In der Regel ist das eine Rente in einer festgelegten Höhe – häufig ein bestimmter Prozentsatz des letzten Gehalts. Das Unternehmen ist an diese Zusagen gebunden – solange es nicht in seiner Existenz gefährdet ist und am System der Direktversicherung festhält.

Da die Pensionsverpflichtungen aber die Unternehmensbilanzen belasten, setzen Ratingagenturen und Investoren die Unternehmen unter Druck. Sie drohen mit Herabstufung des Ratings, wenn sie die Pensionsverpflichtungen aus Direktzusagen nicht in einen externen Kapitalstock verlagern. So wurde der Stahlkonzern ThyssenKrupp bereits im Jahr 2003 von den Ratingagenturen zum Schuldner auf Ramschniveau herabgestuft, weil ihn milliardenschwere Pensionslasten drückten. Die Folge: ThyssenKrupp muss jetzt deutlich mehr für Kredite zahlen als Firmen mit einem guten Rating.

Betriebliche Altersvorsorge – Modelle und Finanzierung

Merkmale	Anteil*	Finanzierung durch*	
		Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Direktzusage ■ Arbeitgeber bilden Pensionsrückstellungen für Arbeitnehmer und sind dafür haftbar, dass die zugesagte Versorgung tatsächlich erfüllt wird	42%	67%	16%
Unterstützungskasse ■ Von einem oder mehreren Arbeitgebern gebildete Versorgungseinrichtung. Die Arbeitnehmer haben einen direkten Anspruch gegen die Arbeitgeber	36%	47%	23%
Pensionskasse ■ Unabhängig vom Arbeitgeber, trifft eigene Entscheidungen über die eingezahlten Beträge. Die Arbeitnehmer haben einen direkten Anspruch gegenüber der Pensionskasse	45%	24%	39%
Pensionsfonds ■ Durch das Altersvermögensgesetz ab 2001 eingeführtes Prinzip einer Pensionskasse, der eine größere Anlagefreiheit zugestanden wird	16%	15%	46%
Direktversicherung ■ Bei einer Versicherung von den Arbeitgebern für die Arbeitnehmer abgeschlossen. Versicherungsunternehmen und Arbeitgeber sind Vertragspartner, Begünstigte sind die Arbeitnehmer	71%	14%	68%

* Betriebe mit einem Angebot zur betrieblichen Altersvorsorge – Angaben der Betriebsräte; rundungsbedingte Differenzen
 Quelle: Leiber 2005, WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 2004/05 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

Auslagerung von Pensionslasten

Im Fall der Pensionsfonds und der Pensionskassen fließen die Beiträge an externe Versorgungseinrichtungen, die das Geld in Aktien oder Rentenpapiere investieren. Pensionskassen müssen konservativer wirtschaften und dürfen nur 35 Prozent in Aktien anlegen.

Die Pensionsfonds wurden 2002 von der rot-grünen Bundesregierung eingeführt. Die Fonds dürfen ihr gesamtes Kapital in riskanten Aktien anlegen. Eine Aktienquote von maximal 35 Prozent gilt für sie nicht. Die Höhe der Betriebsrente ist dann den Schwankungen der Kapitalmärkte voll ausgesetzt. Die Pensionsfonds kommen auch in Deutschland immer mehr in Mode.

Die Turbulenzen an den Kapitalmärkten haben bei Pensionskassen deutscher Unternehmen zu Milliardenverlusten geführt (siehe Kapitel 3: Die Krise erfasst die private Alterssicherung). Ursache sind sinkende Anleiherenditen und fallende Aktienkurse. In der jetzigen Krise bekommen Unternehmen dadurch gleich doppelt Probleme: Einerseits schwindet ihre Kreditwürdigkeit, andererseits haben sich aufgrund des globalen Bankenkollapses Unternehmenskredite extrem verteuert. Große Aktiengesellschaften lagern ihre Pensionslasten daher zunehmend in externe Pensionsfonds aus.

Nur noch die Beiträge zugesichert

Um weitere Kosten zu sparen, stellen die Unternehmen ihre Leistungen (Pensionszahlungen) zunehmend auf die reine „Beitragszusage“ um. Festgelegt wird bei der Beitragszusage lediglich, wie viel das Unternehmen in den Rententopf einzahlt, nicht wie viel Rente später rauskommt. Die Garantie einer Rente mit konkretem Auszahlungsbetrag fällt damit weg. Wie viel bei der Betriebsrente am Ende herauskommt, hängt von der Entwicklung der Renditen an den Finanzmärkten ab. Das Anlagerisiko wird also vom Unternehmen beziehungsweise vom externen Pensionsfonds auf die Versicherten verlagert. Schon jetzt funktionieren 62 Prozent aller neu zugesagten Betriebsrenten nach dem Prinzip der Beitragszusage.

Schwindende Renditen

Vom Risiko schwindender Renditen sind nicht nur Systeme mit riskanten Anlagestrategien wie die Pensionsfonds betroffen. Auch Unterstützungskassen – wie etwa die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst – haben damit zu kämpfen, wenn die Gewinne an den Finanzmärkten dauerhaft niedrig bleiben. Sinken die Renditen der betrieblichen Altersvorsorge auch nur um wenige Prozentpunkte, hat das aber erhebliche Auswirkungen auf die Altersvorsorge der Einzelnen.

Ein Beispiel: Legt ein Unternehmen über 30 Jahre jeden Monat 100 Euro für seine Beschäftigten zurück, dann könnte es bei einer Rendite von fünf Prozent auf das Ersparte eine Monatsrente von 533 Euro zahlen. Liegt die Rendite bei nur vier Prozent, schrumpft die monatliche Rente auf 413 Euro. Bei einer Rentenlaufzeit von 20 Jahren wäre das ein Verlust von sage und schreibe 28.800 Euro.

Für alle Formen der betrieblichen Altersvorsorge gilt zudem: Egal, wo und wie gut investiert wurde: Auch für sie wird zum Problem, dass die Menschen immer länger leben und daher immer länger ihre Rente beziehen. Wer glaubt, der demografische Wandel hätte keinen Einfluss auf die kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge, der irrt gewaltig.

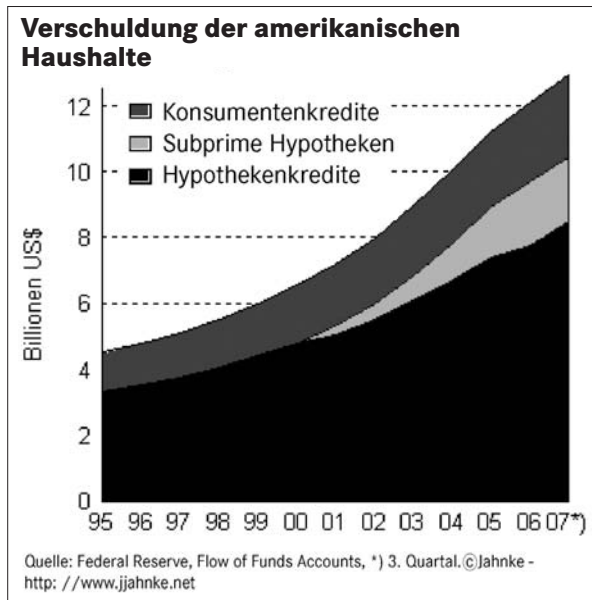
Die Betriebsrenten werden zusätzlich durch den Wandel der Wirtschaftsstruktur getroffen. Sie müssen auch gezahlt werden, wenn das Unternehmen immer weniger verkaufen kann. Dann heißt es entweder die Betriebsrenten kürzen oder mehr erwirtschaften. Damit wird die betriebliche Altersvorsorge nicht nur zum Stressfaktor für die Pensionsmanager, sondern für die gesamte Wirtschaft.

Exkurs: Die Wucht der Krise

Bei der gegenwärtigen Krise handelt es sich nicht um einen kurzen Schnupfen des Wirtschaftssystems, der bald vorübergehen wird, sondern um eine veritable Lungenentzündung. Ob der Patient das Zeitliche segnet oder überlebt, ist völlig offen. Weil die Erschütterungen auf den Finanzmärkten sich unmittelbar auf die private Alterssicherung auswirken, lohnt eine Betrachtung über das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise und über ihre zukünftige Entwicklung.

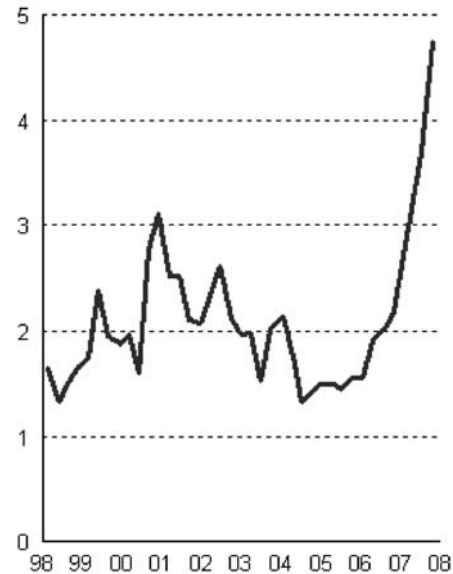
Jahrhundertkrise auf den Weltmärkten

Wir haben es dabei mit einer Jahrhundertkrise auf den Weltmärkten zu tun. Die FAZ schreibt am 11. März 2009: „Derzeit ist überhaupt kein Ende der Talfahrt abzusehen. [...] Der Welthandel schrumpft dieses Jahr so stark wie seit 1929 nicht mehr.“ Die Frachtraten im internationalen Seeschiffverkehrsverkehr sind um 90 Prozent abgestürzt. In Hamburg und Singapur reihen sich Schiffe, die mangels Bedarf nicht zum Einsatz kommen, kilometerlang aneinander. Die weltweit seit Sommer 2007 bislang verbuchten Verluste werden auf 50 Billionen US-Dollar geschätzt. Ein Einbruch der globalen Industrieproduktion um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr wird nicht mehr ausgeschlossen. Die Internationale Arbeitsorganisation warnt, dass bei weiterer Verschlechterung im laufenden Jahr weltweit 50 Millionen Menschen ihren Job verlieren werden. Die OECD erwartet für ihre Mitgliedsländer im laufenden Jahr 25 Millionen Arbeitslose zusätzlich.



In den USA erfährt das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2008 mit minus 6,2 Prozent den steilsten Absturz seit dem Zweiten Weltkrieg. Im ersten Quartal 2009 sinkt die Industrieproduktion um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit hat sich in den USA innerhalb eines Jahres verdoppelt und droht dieses Jahr die Zehnprozentmarke zu erreichen.

Zwangsversteigerung von Subprime Hypotheken mit flexiblem Zins in USA



Quelle: DB Research, % der Hypotheken pro Quartal.
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Das Vermögen der US-Amerikaner ist allein von Oktober bis Dezember 2008 um fünf Billionen Dollar geschrumpft. Die zu erwartenden gesamten Verluste der US-Banken schätzt der US-Ökonom Roubini auf 3,6 Billionen Dollar, wovon aber erst eine Billion realisiert sei. Die Zwangsversteigerungen von Häusern mit notleidenden Subprime - Hypotheken sind im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat um 30 Prozent gestiegen. Massive weltweite Wertverluste bei Gewerbeimmobilien kündigen für „die Banken weltweit eine neue Abschreibungswelle“ an (Handelsblatt vom 16. März 09). Die zwangsläufige Folge: Die Immobilienpreise fallen weiter, wie auch die darauf bezogenen Risikopapiere der Banken.

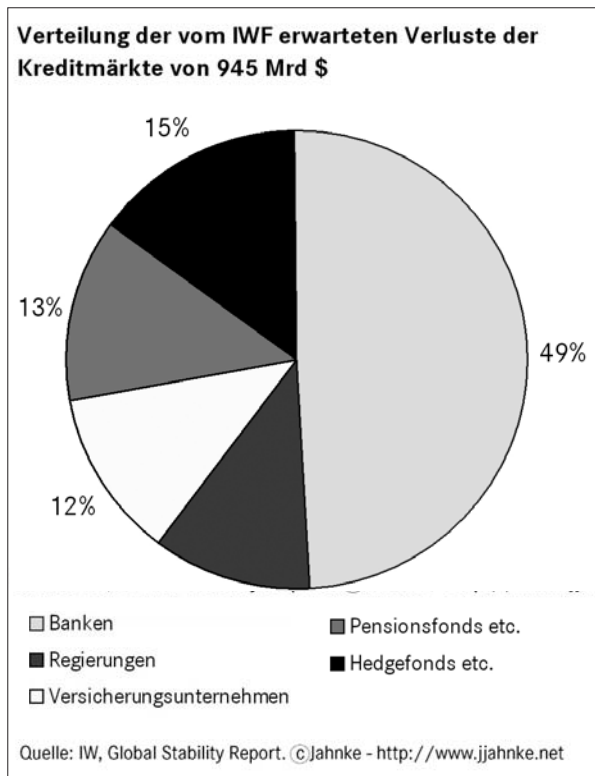
US-Präsident Obama auf dem G-20-Gipfel:
„Die Krise ist größer als die der 30er Jahre“.

Die Lage in Europa ist nicht minder zugespitzt. Nach einem bislang unveröffentlichten Papier der Europäischen Kommission sind 18,1 Billionen Euro oder 44 Prozent der gesamten Vermögenswerte der europäischen Banken als „toxische Risikopapiere“ einzuordnen (siehe Daily Telegraph vom 11. Februar 2009). Allein die britische Royal Bank of Scotland hat mehr als 300 Milliarden Euro an hoch riskanten Papieren in ihren Büchern, die Commerzbank nach eigenen Angaben 55 Milliarden Euro. Die Schätzungen für deutsche Banken variieren zwischen 300 Milliarden und einer Billion Euro.

Osteuropa mausert sich immer mehr zum zentralen Krisenherd der Weltwirtschaft. Die privaten Haus-

halte haben die extremen Steigerungsraten ihres Konsums fast komplett mit ausländischen Währungen bezahlt. Jetzt stürzen die Währungen ab und treiben ihre Schulden in unbezahlbare Höhen. Der Ukraine, Ungarn und Lettland drohen Währungskrise und Staatsbankrott. Westeuropäische Banken sind mit 1.150 Milliarden Euro in der Region engagiert, allein Österreich mit 224 Milliarden Euro, Deutschland mit 175 Milliarden Euro. Selbst Staatsanleihen werden zu Risikopapieren.

Droht die zweite Weltwirtschaftskrise?



Die Vergleiche der Wirtschaftsexperten mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 häufen sich. Für den amerikanischen Nobelpreisträger Paul Krugman hat die zweite Weltwirtschaftskrise bereits begonnen. Das Wort von dem „verlorenen Jahrzehnt“ macht die Runde. Fakt ist: Wenn die Weltwirtschaft weiter so schnell wie jetzt schrumpft, ist der Welthandel in bereits einem einzigen Jahr so tief eingebrochen wie während der gesamten Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932. Zwar sind im Vergleich zu den 30er Jahren die sozialen Sicherungsnetze viel enger geknüpft; zwar betreibt heute keine Regierung die damalige Sparpolitik. Dennoch deuten Wucht und Geschwindigkeit der aktuellen Krise auf die Möglichkeit hin, dass diesmal alles noch dramatischer ausgehen kann.

Mittlerweile hat die Finanzkrise die Realwirtschaft mit voller Wucht erreicht. Die fünf deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren, dass die Talsohle der Krise bis 2013 anhalten und erst dann wieder ein Aufschwung einsetzen wird (Financial Times Deutschland vom 28. April 2009).

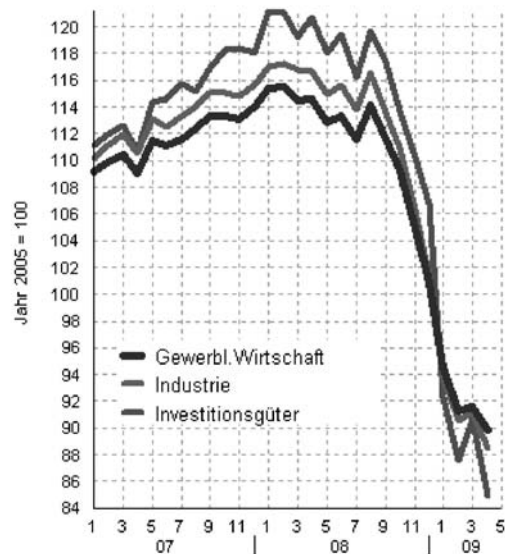
Es spricht vieles dafür, dass das dicke Ende bei den Kreditausfällen und damit bei den Bankverlusten noch bevorsteht. Das große Problem ist: Erstens fallen die Vermögenswerte und hier vor allem die Immobilienpreise weiter. Zweitens steht die Rückwirkung der realwirtschaftlichen Krise auf die Banken und Versicherungen erst noch bevor. Drittens sind zwei große Probleme bislang ungelöst: Weder das Risikopotenzial der 60 Billionen US-Dollar Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps – CDS) und der 600 Billionen US-Dollar Derivate noch die atemberaubende Schuldenwirtschaft mit Fremdfinanzierungsquoten von 90 bis 100 Prozent sind bislang entschärft. Die Gefahr einer weiteren Welle von Bankenkrisen ist real.

Für Paul Krugman steht fest: „Das Wachstum der Vermögen war eine Illusion, nicht aber das Wachstum der Schulden“, es werde Jahre dauern, bis der Berg wieder abgetragen sei (Handelsblatt vom 23. Februar 2009). In einem Interview erklärt er: „Wir stürzen ab, und die Fallgeschwindigkeit nimmt zu. Es ist wirklich zum Verzweifeln. [...] Und es wird viele Jahre dauern, bis Familien und Unternehmen die Schulden abgearbeitet haben“ (Stern vom 12. März 2009).

Bleibt Deutschland verschont?

Deutschland sei bislang noch relativ ungeschoren davongekommen, ist in zahlreichen Medienäußerungen und von Wirtschaftsexperten zu hören. Tatsache ist: Die heimische Entwicklung ist von der Krise massiv betroffen. Gerade weil Deutschland jahrzehntelang auf den Export gesetzt hat, ist der Einbruch auf dem Weltmarkt besonders deutlich zu spüren. „Exportabhängigkeit treibt deutsche Industrie ins Verhängnis“,

Produktionsindex des verarbeitenden Gewerbes bis April 2009



ist im arbeitgeberfreundlichen Handelsblatt vom 11. März 2009 zu lesen. Der Präsident der Finanzaufsicht Sanio warnt Ende Mai 2009: „Wir sind ziemlich sicher, dass unsere Banken in ein paar Monaten die volle Wucht der schärfsten aller bisherigen Rezessionen in ihren Kreditportfolios spüren werden“ (Handelsblatt vom 20. Mai 2009).

Die Nachrichten künden täglich davon. Wachstum war gestern: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im letzten Quartal 2008 um 8,4 Prozent gegenüber dem dritten Quartal gefallen. Ende des ersten Quartals 2009 beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal 6,7 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Exporte im April um 29 Prozent eingebrochen. Die Auftragseingänge im Werkzeugmaschinenbau haben sich im vierten Quartal 2008 mehr als halbiert.

Mittlerweile hat die Krise auch den Arbeitsmarkt erreicht. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Anträge auf Kurzarbeit von fast null auf 2,1 Millionen explodiert. Allein seit Jahresbeginn sind 1,7 Millionen Neuanträge gestellt worden, davon nur im März 670.000. Es ist absehbar, dass spätestens im Herbst die Unternehmen von Kurzarbeit zu Entlassung übergehen werden.

Gleichzeitig vermeldet die Bundesagentur, dass erstmals seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1928 in einem März die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen, sondern gestiegen ist. Für das Jahr 2010 rechnet die Bundesregierung mit 4,6 Millionen Arbeitslosen. Interne Prognosen gehen von bis zu 5,5 Millionen aus. Bewahrheiten sich diese Prognosen, bedeutet das für viele Menschen massive soziale Risiken. Staatshaushalt und Sozialversicherungen drohen enorme Einnahmeausfälle.

Krise heißt auch Krise der Staatsfinanzen: Steinbrücks Nulldefizitpolitik ist Schnee von gestern. Bereits jetzt ist klar, dass Deutschland wegen dramatischer Einbrüche bei den Steuereinnahmen ein Haushaltsloch von fast 50 Milliarden Euro in diesem und 90 Milliarden Euro im kommenden Jahr aufweisen wird. Bis 2013 wird der Bund 310 Milliarden Euro neue Schulden machen müssen. Die Staatsverschuldung würde damit deutlich über die 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, die nach dem EU-Stabilitätspakt erlaubt sind.

Die Folgen für den Sozialstaat werden gravierend sein! Denn die neoliberalen Einheitsparteien werden versuchen, bei Sozialleistungen zu sparen, statt das Geld bei den Reichen zu holen.

Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom April 2009 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um sechs Prozent für das Jahr 2009 vorhergesagt. Das würde unter anderem bedeuten, dass die Sozialversicherung 2009 mit einem Defizit von 40 Milliarden Euro abschließen würde, 2010 mit 60 Milliarden.

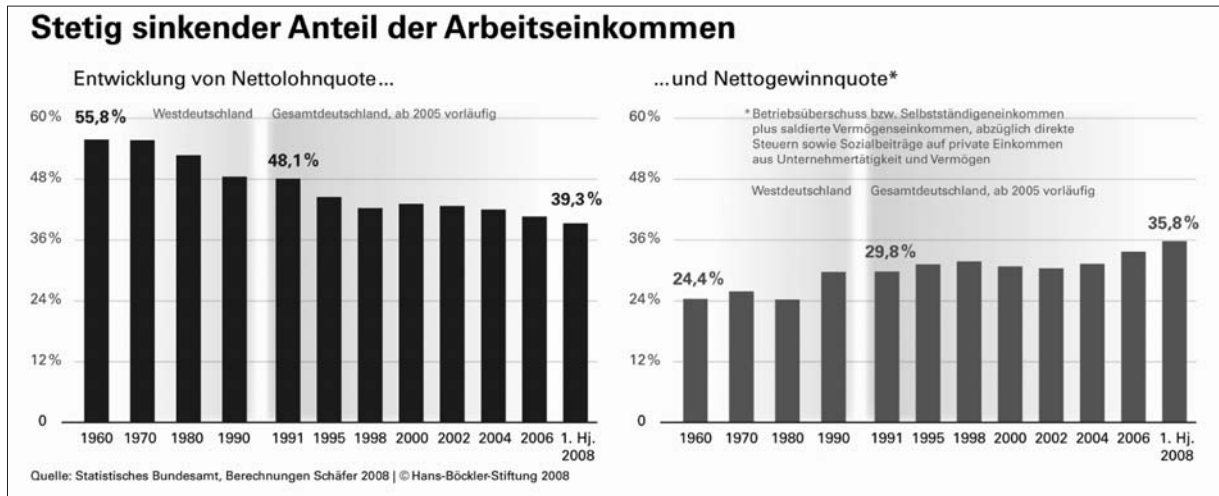
Die Bundesagentur schätzt, dass ihr bis zum Jahr 2013 55 Milliarden Euro fehlen werden, weil die Ausgaben für Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Insolvenzgeld explodieren und die Einnahmen aus Beiträgen sinken.

Auch in der Krankenversicherung bauen sich immer höhere Fehlbeträge auf, die sich bis Ende 2010 auf 13 Milliarden Euro summieren könnten (siehe Handelsblatt vom 27. April 2009). Experten rechnen damit, dass es spätestens im Herbst zu Zusatzbeiträgen kommt. Maximal ein Prozent ihres Einkommens müssen die Kassenmitglieder dann draufzahlen. Zusatzbeiträge würden viele Haushalte empfindlich treffen und die Kaufkraft weiter schwächen. Gift für die Erholung der Wirtschaft! Die Arbeitgeber werden verschont.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird sich die Wirtschaftskrise erst verspätet bemerkbar machen, da von der Bundesagentur für Arbeit für Arbeitslosengeld-I-Empfänger Beiträge auf der Grundlage von 80 Prozent des früheren beitragspflichtigen Entgelts an die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Kurzarbeiter sind weiterhin in vollem Umfang rentenversichert, weil die Bundesagentur für Arbeit und der Arbeitgeber die Sozialabgaben weiterhin auf das volle Gehalt entrichten. Das Arbeitslosengeld I wird in der Regel für 12 Monate, längstens 24 Monate gezahlt. Die Kurzarbeit wurde von der Regierung auf 24 Monate verlängert. Die Rentenversicherung würde die Krise also erst dann mit voller Wucht treffen, wenn die schlechte Arbeitsmarktlage über mehr als drei Jahren anhält. Die Rentnerinnen und Rentner werden die Krise allerdings schon im nächsten Jahr spüren, weil es ab da wegen der ungünstigen Lohnentwicklung und der Kürzungsfaktoren kaum noch Erhöhungen der Rente geben wird.

Wenn nicht ein grundlegender Politikwechsel stattfindet, erwartet die Menschen in Deutschland eine bislang nie gekannte Welle des Sozialabbaus. Denn die neoliberalen Parteien CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne werden versuchen, die Defizite durch Kürzungen bei den Sozialleistungen auszugleichen statt diejenigen zur Kasse zu bitten, die von der Krise profitiert haben. Das müssen die Partei DIE LINKE, Gewerkschaften, Sozialverbände und soziale Bewegungen gemeinsam verhindern. Die kommende Bundestagswahl wird zur Entscheidung über die Frage: Wer zahlt die Zeche für die Krise?

Kapitel 5: Die tiefere Ursache der Krise: Umverteilung von unten nach oben



Die Gewinnquote am Volkseinkommen hat einen neuen Höchststand erreicht, der Anteil der Arbeitseinkommen sank selbst im Aufschwung. Quelle: Böckler Impuls, 19/2008

Wie ist es überhaupt zu dieser gigantischen Krise gekommen? Auslöser waren Dominoeffekte an den Kapitalmärkten. Die Ursachen liegen aber in Entwicklungen in der sogenannten Realwirtschaft: Die massive Umverteilung von unten nach oben hat zur Akkumulation riesiger Geldmengen geführt, die durch die Privatisierung der Alterssicherung nochmals erhöht wurden. Diese enormen Geldmengen fanden in der Realwirtschaft nicht mehr ausreichend renditeträchtige Anlagemöglichkeiten. Deshalb wurde das Geld zunehmend auf den Finanzmärkten angelegt.

Auslöser der Finanzmarktkrise: Dominoeffekte an den Kapitalmärkten

Ausgehend von den USA hat seit dem Sommer 2007 die Weitergabe von schlecht gesicherten Immobilienkrediten zu einer weltweiten Krise im Finanzsektor geführt. Der Handel mit Krediten in Form von „Verbriefungen“ und ihre Ausplatzierung aus den Bilanzen, das „Kreditersatzgeschäft“, führten dazu, dass niemand mehr überschaute, welche Sicherheiten und damit welche Risiken den gehandelten Papieren zugrunde lagen. Ergebnis: Statt Streuung der Risiken fand eine „Klumpenbildung“ von Risiken statt.

Dass auch deutsche Kreditinstitute enorme Risiken außerhalb der Bilanzen und unerkannt von den deutschen Finanzaufsichtsbehörden in Zweckgesellschaften anhäufen konnten, verdeutlicht die Mitschuld der Politik von Rot-Grün und Schwarz-Rot.

Es war der immer wieder erklärte und umgesetzte Wille der Regierungen Schröder und Merkel, das Geschäft mit Kreditverbriefungen und riskanten Finanzprodukten zu fördern.

So begünstigten SPD und Grüne ab 2003 Kreditverkäufe durch Steuervergünstigungen. Mit dem Ziel der

„Stärkung des Finanzstandortes Deutschland“ wurden Regulierungen abgebaut und über die KfW und die IKB Verbriefungen von der Bundesregierung systematisch gefördert. Die im Jahr 2004 von SPD und Grünen auch in Deutschland zugelassenen Hedgefonds laden dem Finanzsystem zusätzliche Risiken auf.

Ursache der Finanzmarktkrise: riesige Geldmengen an den Kapitalmärkten

Die tiefer liegenden Ursachen für die aktuelle Finanzkrise sind in den Billionen Euro Kapital zu suchen, die auf den deregulierten Finanzmärkten angelegt werden, um eine möglichst hohe Rendite zu bringen.

Das gesamte private Vermögen in der BRD summierte sich im Jahr 2007 auf 6,6 Billionen Euro – nach Abzug von Schulden. Im Durchschnitt besaß jeder Erwachsene also 88.000 Euro. Das waren 8.000 Euro mehr als im Jahr 2002. Dieser Durchschnitt sagt jedoch nichts über die Verteilung aus: Während das reichste Zehntel seinen Anteil auf über 60 Prozent des gesamten Privatvermögens ausbauen konnte, müssen sich 70 Prozent der Menschen mit knapp neun Prozent des gesamten Geldvermögens begnügen. Und die Schulden der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung sind noch größer geworden.

Mit ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik hat die Politik in den letzten Jahrzehnten eine Situation geschaffen, in der das wachsende Geldvermögen eines kleinen Teils der Gesellschaft die Finanzmärkte aufgebläht hat.

Die Billionen an den Finanzmärkten kommen nicht von irgendwoher: Sie sind die direkte Folge einer massiven und Jahrzehnte dauernden Umverteilung von Vermögen und Einkommen von unten nach oben.

Durch die mangelnde Kaufkraft von breiten Teilen der Bevölkerung und der daraus folgenden Binnenmarkt-schwäche sind die Investitions- und Verwertungs-gelegenheiten jedoch knapp geworden. Diese Kombi-nation führte zu einer Finanzspekulation mit immer abenteuerlicheren Mitteln und dem Platzen der Blase mit all ihren dramatischen Folgen.

Gesamtwirtschaftliche Umverteilung I: Sinkende Löhne und prekäre Beschäftigung

Sinkende Einkommen und Vermögen für breite Teile der Bevölkerung haben ihre Ursachen zuallererst in der Lohn- und Beschäftigungsentwicklung. So sind die Bruttolöhne und Bruttogehälter in den Jahren 2002 bis 2005 real um fast fünf Prozent gesunken. Selbst im dreijährigen Konjunkturaufschwung, der bis Ende 2008 dauerte und in dem das Bruttoinlandsprodukt um sieben Prozent gestiegen ist, sind die Arbeitnehmerentgelte nur um 3,86 Prozent gestiegen, während die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen um satte 21,36 Prozent gewachsen sind. Der wirtschaftliche Aufschwung ist an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weitgehend vorbeigegangen.

Hauptursache für die sinkenden Reallöhne ist die gezielte Ausweitung prekärer Beschäftigung und des Niedriglohnsektors: die Förderung von Minijobs und Leiharbeit, der Abbau des Kündigungsschutzes und das Druckmittel Hartz IV.

Durch die rot-grüne Agenda 2010 und die Politik der großen Koalition wurde der Druck auf die Löhne massiv erhöht. „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“, war das Motto, die Löhne zu senken.

Die Zahlen der Niedriglohnbezieher sprechen eine deutliche Sprache: Während im Jahr 1995 15 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiteten, waren es 2007 schon fast ein Viertel. Die Stundenlöhne haben in diesem Bereich preisbereinigt 14 Prozent an Wert verloren.

Die Folgen von Niedriglohnpolitik und Prekarisierung sind dramatisch. Die Nettolohnquote – also der Anteil der Netto-Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen – ist im Jahr 2008 auf den historischen Tiefstand von 39,3 Prozent gesunken. Im selben Maße, in dem die Lohnquote sinkt, steigt die Gewinnquote, also das Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit. Diese Profite landen unter anderem als Finanzkapital an den Börsen.

Gesamtwirtschaftliche Umverteilung II: Steuerpolitik zugunsten der Reichen

Die Umverteilungspolitik der großen Koalition zeigt sich auch in der Steuerpolitik: Der Spitzensteuersatz wurde von 53 auf 42 Prozent und die Körperschaftsteuer im Rahmen der Unternehmenssteuerreform von 25 auf 15 Prozent gesenkt.

Infolge dieser Politik gehen der öffentlichen Hand jährlich Milliarden dringend benötigter Steuereinnahmen verloren, allein 7,5 Milliarden Euro durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes und 12,5 Milliarden Euro durch die Absenkung der Körperschaftsteuer. Im Gegenzug hat die große Koalition mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent insbesondere die niedrigen Einkommen belastet.

Gesamtwirtschaftliche Umverteilung III: Abbau des Sozialstaats

Eine weitere Ursache für sinkende Einkommen und Vermögen der unteren Einkommensgruppen ist in der Sozialpolitik von Rot-Grün und der großen Koalition zu suchen. Bei den Renten gab es Nullrunden. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds wurde verkürzt. Durch die Einführung von Hartz IV verloren Hunderttausende gänzlich sozialstaatliche Transferleistungen. Verstärkte Belastungen, zum Beispiel durch Zuzahlungen im Gesundheitsbereich, mindern die Nettoeinkommen weiter. Die Privatisierung der Alterssicherung führt dazu, dass Versicherungsbeiträge, die über das umlagefinanzierte System direkt an die Rentnerinnen und Rentner von heute ausbezahlt worden wären, stattdessen auf lange Zeit den Kapitalmärkten ausgeliefert werden.

Weltweit sind ein Viertel des Vermögens beziehungsweise knapp 30 Billionen US-Dollar in Pensionsfonds angelegt. Auch in Deutschland entzieht die Teilprivatisierung der Altersvorsorge der Wirtschaft aktuell Kaufkraft und bläht die Finanzmärkte auf. Allein die staatlich geförderte Riester-Rente, in die die Versicherten vier Prozent ihres Bruttoeinkommens einzahlen sollen, umfasst zwölf Millionen Verträge – davon über zwei Millionen Riester-Investmentfonds. Der Staat hat diese Verträge allein über die Zulagen bisher mit 5,3 Milliarden Euro gefördert – Steuermindereinnahmen noch nicht mitgerechnet. Im Gegenzug wurden das Niveau der gesetzlichen Rente und damit die Kaufkraft der aktuellen Rentnerinnen und Rentner gesenkt.



Mit neun Prozent sind die direkten Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen nicht einmal halb so hoch wie die Lohnsteuerlast – und deutlich niedriger als in den Jahrzehnten vor 1990.

Kapitel 6: Gute Argumente für die gesetzliche Rente

Die gesetzliche Rente wird oft schlechtgeredet – häufig mit aktiver Unterstützung derer, die an ihrer Zerschlagung und an der weiteren Privatisierung der Altersvorsorge interessiert sind. Durch das unablässige Trommelfeuer der Kritik ist die Akzeptanz des öffentlichen Versicherungssystems stark in Mitleidenschaft gezogen. Dabei gibt es gute – sogar sehr gute! – Argumente dafür, die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Alterssicherung und zur Garantin für ein den Lebensstandard sicherndes Alterseinkommen zu machen.

Sicher gegenüber Finanzkrisen

Die gesetzliche Rente ist gegenüber Finanzkrisen sicher, weil sie nicht auf dem Kapitaldeckungs-, sondern auf dem Umlageverfahren beruht.

Kapitaldeckungsverfahren bedeutet, dass ein Kapitalstock gebildet wird, aus dessen Erträgen Auszahlungen bestritten werden. Dagegen zahlen beim Umlageverfahren Beschäftigte und Unternehmen in eine Sozialversicherung ein, aus der die Renten der heutigen Rentnerinnen und Rentner bezahlt werden. Die aktuellen Beiträge der erwerbstätigen Versicherten werden also umgehend an die aktuell im Ruhestand befindlichen Versicherten weitergegeben und nicht am Finanzmarkt angelegt. Sie können also auch nicht verzockt werden!

Wie anfällig das Kapitaldeckungsverfahren gegenüber Finanzkrisen ist, zeigt die aktuelle Situation. Verlässliche Zahlen für Riester-Renten liegen noch nicht vor. Auch hier ist jedoch davon auszugehen, dass die Renditen der fondsgebundenen Policen mit den Aktienkursen in den Keller gegangen sind. So manche Sparerin und mancher Sparer wird bei der jährlich fälligen Ertragsmitteilung eine böse Überraschung erlebt haben.

Das Umlageverfahren der gesetzlichen Rente wurde vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung mit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre geschaffen. Diese hatte den Kapitalstock der von Bismarck eingeführten – damals noch im Kapitaldeckungsverfahren organisierten – gesetzlichen Rente weitgehend entwertet. Drastische Leistungskürzungen waren die Folge!

Heizt die Spekulation nicht an

Die Gelder der gesetzlichen Rentenversicherung müssen nicht auf den Finanzmärkten angelegt werden, weil sie direkt an die Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt werden. Sie überschwemmen deshalb nicht die Finanzmärkte und heizen nicht die weltweite Spekulation an. Dies tun die Gelder, die in kapitalgedeckte Systeme fließen, weil Rendite erwirtschaftet werden muss. Pensionsfonds privater Rentenversiche-

rer vor allem aus dem angelsächsischen Raum stellen derzeit die größten und aggressivsten Anleger an den Weltmärkten dar. Sie befördern Lohn- und Sozialdumping weltweit.

Die Privatisierung der Alterssicherung, die in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern erfolgt ist, hat maßgeblich zur Aufblähung der weltweit vorhandenen Geldmenge, zur Jagd nach profitablen Anlagemöglichkeiten und zur Zockerei an den Börsen beigetragen.

Neben der Umverteilung von Einkommen von unten nach oben stellt die Privatisierung der Alterssicherung eine der zentralen Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise dar, die nun auch die Wirtschaft in den Abgrund zieht.

Sichert alle abhängig Beschäftigten ab

Die gesetzliche Rente ist ein Pflichtversicherungssystem. Es garantiert, dass alle abhängig Beschäftigten abgesichert sind. Sie müssen sich entweder in der gesetzlichen Rentenversicherung oder einem berufsständischen Versorgungssystem für das Alter absichern. Die Arbeitgeber sind paritätisch an der Finanzierung der gesetzlichen Rente beteiligt. Bei privaten Systemen ist das nicht der Fall. Die Mitgliedschaft hängt von der Sparwilligkeit und Sparfähigkeit der Einzelnen ab. Deshalb sind in Deutschland auch viele Kleinselfständige schlecht oder gar nicht für das Alter abgesichert. In die gesetzliche Rentenversicherung sind sie nicht einbezogen, die teuren Prämien der privaten Vorsorge können sie sich häufig nicht leisten. Die Fraktion DIE LINKE will deshalb auch die Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.

Sichert nicht nur das Alter ab

Die gesetzliche Rente sichert über die gezahlten Beiträge nicht nur das Alterseinkommen, sondern auch das Risiko der Erwerbsunfähigkeit oder Erwerbsminderung ab und gewährt soziale Absicherung für Hinterbliebene. Die privaten Versicherungen für das Alter tun das nicht. Den Schutz vor Erwerbsunfähigkeit muss man sich teuer dazukaufen. Auch für einen langfristigen Schutz für Hinterbliebene verlangen Versicherungsunternehmen satte Aufschläge auf die Prämien. In der gesetzlichen Rentenversicherung ist das alles inklusiv! Im Gegensatz zu einer privaten Risikoversicherung beinhaltet die gesetzliche Rente außerdem soziale Ausgleichselemente wie Beiträge bei Arbeitslosigkeit, Anerkennung von Kindererziehungszeiten oder die Höherwertung niedriger Einkommen.

Ist paritätisch finanziert

Bei der gesetzlichen Rente sind die Arbeitgeber paritätisch an der Finanzierung beteiligt. Bei den privaten Versicherungen zahlen die Beschäftigten alleine. Der Staat fördert zwar die Riester-Rente über Zulagen. Dennoch müssen die Versicherten heute knapp 16 Prozent ihres Bruttoeinkommens für eine ausreichende Alterssicherung zahlen – knapp zehn Prozent für die gesetzliche Rente, circa drei Prozent für die Riester-Rente (nach Zulagen) und weitere drei Prozent für die nach den „Rentenreformen“ der letzten Jahre noch verbleibende Lücke zu einer den Lebensstandard sichernden Alterssicherung. Die Arbeitgeber zahlen dagegen weiterhin nur einen Beitragssatz von knapp zehn Prozent zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Verwaltungskosten sind niedrig

Die Verwaltungskosten der gesetzlichen Rente sind unschlagbar niedrig. Sie betragen etwa zwei Prozent. Bei Riester-Renten werden bis zu 20 Prozent fällig. Die Profite der Versicherungskonzerne wollen schließlich bezahlt werden!

Leistungen sind dynamisiert

Die gesetzliche Rente wird jährlich auf Basis der Lohnentwicklung angepasst. Leistungen der privaten Alterssicherung sind dagegen häufig gar nicht dynamisiert. Bei einer jährlichen Inflation von lediglich 1,5 Prozent wäre ein auf 30.000 Euro prognostiziertes Riester-Vermögen in 30 Jahren nur noch gut die Hälfte wert.

„Rendite“ vernünftig und sicher

Für die kapitalgedeckte Alterssicherung wird häufig mit verlockenden Renditen geworben. Bis zu acht Prozent Verzinsung werden da schon einmal versprochen. Faktisch sind Riester-Renten in den vergangenen Jahren mit durchschnittlich vier Prozent verzinst worden. Das war aber vor der Finanzkrise!

Für die Zukunft muss mit deutlich niedrigeren Renditen oder gar negativen Wertentwicklungen gerechnet werden. Dagegen bringt die gesetzliche Rente den älteren Versicherten eine sichere „Rendite“ von vier bis fünf Prozent. Dies zeigen Vergleichsberechnungen zwischen Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren. Und selbst die Jüngeren erhalten noch zwei bis drei Prozent. Sie sind besonders von der Absenkung des Rentenniveaus betroffen. Dies will die Fraktion DIE LINKE ändern!

Grundsätzlich gilt: Entgegen der ständigen Behauptung vom Niedergang der Gesetzlichen Rentenversicherung muss diese sich nicht verstecken. Nach einer soeben von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) veröffentlichten Studie hat die Gesetzliche Rentenversicherung eine stabile Rendite: Mit 45 Beitragsjahren kommt ein heute mit 65 Jahren in Rente gehender sog. Modellrentner (31.000 Euro Brutto) auf eine Rendite von 3,5 % (Frauen 4,1%), bei Renteneintritt in 2020 liegen die Renditen bei 2,4 bzw. 3,4 %.

Gesetzliche Rente: Der Privaten in Vielem überlegen		
	Gesetzliche Rente	private Alterssicherung
Sicher gegenüber Finanzkrisen	✓	-
Heizt Spekulation nicht an	✓	-
Sichert alle abhängig Beschäftigten ab	✓	-
Sichert nicht nur das Alter ab	✓	-
Ist paritätisch finanziert	✓	-
Niedrige Verwaltungskosten	✓	-
Dynamisierte Leistungen	✓	-
Vernünftige „Rendite“	✓	?

Kapitel 7: Schlechte Argumente gegen die gesetzliche Rente

Die Argumente, mit denen die gesetzliche Rente madig gemacht wird und Leistungskürzungen und Privatisierung gerechtfertigt werden, sind nachweislich schlecht und falsch. Sie müssen als solche entlarvt werden! Eines dieser Argumente lautet: Weil immer mehr Menschen länger leben und immer weniger Kinder geboren werden, sind die Renten nicht mehr finanzierbar.

Mythos Demografie

Die Lebenserwartung steigt bereits seit geraumer Zeit. Das Verhältnis von Jung und Alt verschlechtert sich bereits seit mehr als hundert Jahren.

Kamen 1950 auf eine Rentnerin/einen Rentner noch fast sieben Erwerbstätige, sind es heute noch knapp vier. Das Rentensystem ist trotzdem nicht zusammengebrochen. Im Gegenteil konnten die Leistungen in dieser Zeit sogar massiv ausgeweitet werden!

Die gestiegene Wertschöpfung von weniger Beschäftigten (Produktivitätssteigerung) also aus, um die Renten einer größeren Zahl von Menschen im Ruhestand zu finanzieren. Dies wird auch in Zukunft – selbst bei geringen Wachstumsraten – so sein, wenn die Verteilung des Produktivitätszuwachses stimmt.

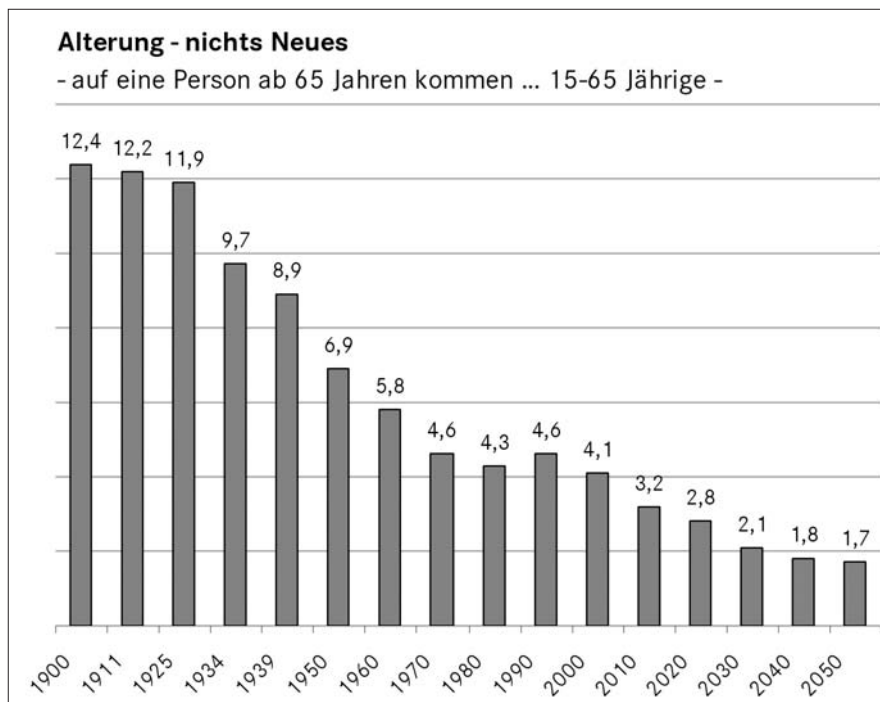
Die Finanzierbarkeit der Renten hängt von vielen Faktoren ab, die politisch beeinflusst werden können – nicht allein vom Verhältnis zwischen Jung und Alt. Die Demografie als Totschlagargument ist ein Mythos!



Die Schere zwischen Profiten und Renditen auf der einen und Bruttoeinkommen und Renten auf der anderen Seite ist in den letzten Jahren drastisch auseinandergegangen. Würde diese Umverteilung von unten nach oben umgekehrt, ginge es auch der Rentenkasse wieder deutlich besser.

Unbestritten wird sich das quantitative Verhältnis zwischen jungen und alten Menschen in den nächsten Jahrzehnten verändern – der Altersquotient steigt an. Dies heißt jedoch nicht viel für die Finanzierung der gesetzlichen Rente.

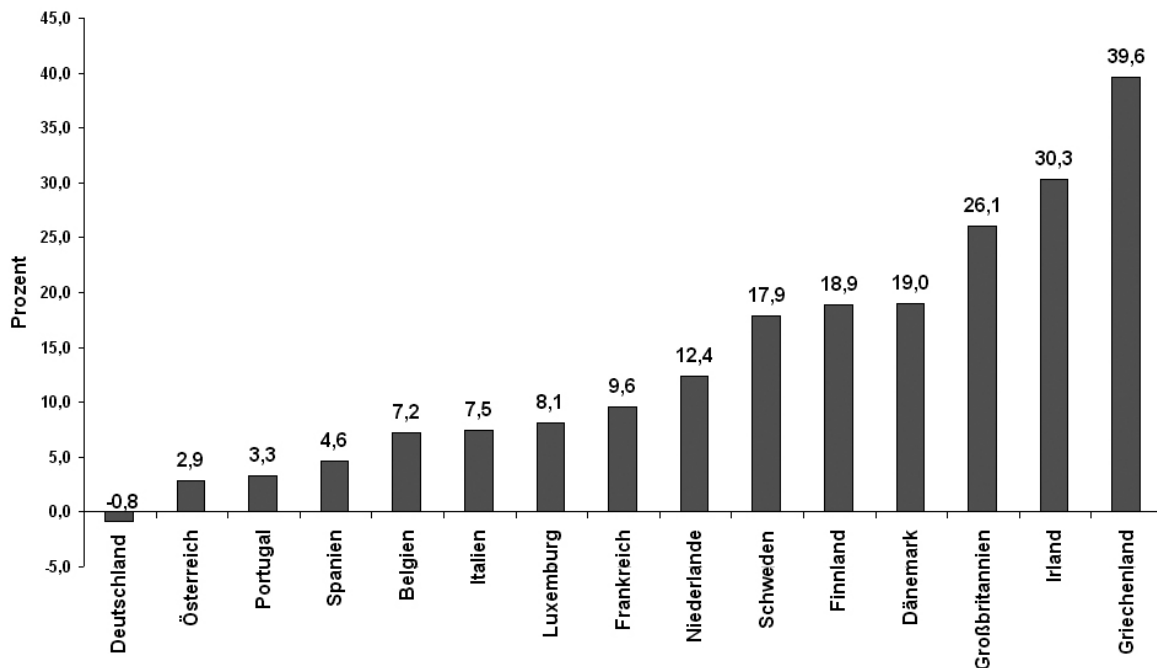
Denn diese hängt nicht vom Verhältnis „Jung“ zu „Alt“ ab, sondern von der Zahl der tatsächlich und sozialversicherungspflichtig beschäftigten Erwerbstätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, der Entwicklung von Produktivität und Wachstum und deren Verteilung. Dies sind die zentralen Stellschrauben, die politisch beeinflusst werden können.



Der gravierendste demografische Wandel hat in der Vergangenheit bereits stattgefunden: Im Jahr 1900 kamen auf eine Person ab 65 Jahren 12,4 15- bis 65-Jährige, 1950 6,9, 1980 4,3. Trotzdem konnte das Rentensystem massiv ausgeweitet werden. Wegen der Produktivität!

Schlusslicht Deutschland - Reallohnentwicklung in der EU

Veränderung der Reallöhne pro Kopf 2000 - 2008, in Prozent



Quelle: Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI); EU-Kommission

Mehr Verteilungsgerechtigkeit sichert die gesetzliche Rente

In den letzten Jahren haben Massenarbeitslosigkeit und die Erosion sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung die Beitragsbasis der Sozialversicherungen gravierend ausgehöhlt. Die massive Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen ging zulasten der Lohneinkommen und damit auf Kosten des Beitragsaufkommens der Sozialversicherungen.

Enorme Ausfälle bei den Beitragszahlenden und bei den Versicherungsbeiträgen: Kein Wunder, dass die Rentenkasse in die Knie zu gehen droht!

Würde die Arbeitslosigkeit mithilfe einer koordinierten, makroökonomisch eingebetteten Beschäftigungspolitik gesenkt, über ein Zukunftsprogramm zwei Millionen neue Arbeitsplätze sowie 500 000 im öffentliche geförderten Beschäftigungssektor geschaffen und die nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückgedrängt, wie es die Fraktion DIE LINKE fordert, könnte das Beitragsaufkommen der gesetzlichen Rentenversicherung deutlich gesteigert werden. Ganz nebenbei hätten die Menschen gute Arbeit und könnten gute Rentenansprüche aufbauen.

Auch die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, die bessere Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt sowie zusätzliche Migration können die Zahl der Erwerbstätigen, die die Renten der heutigen Rentnerinnen und Rentner

finanzieren, erhöhen. Und würde die massive Umverteilung von unten nach oben endlich umgekehrt, wie es die Fraktion DIE LINKE ebenfalls verlangt, könnten die Löhne deutlich steigen und mit ihnen auch die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Nicht zuletzt kann die Finanzbasis der Rentenkasse dadurch erheblich verbessert werden, dass die Unternehmen wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden. Diese sind durch die Deckelung des Beitragssatzes und die Privatisierung der entstehenden Sicherungslücken aus der gleichmäßigen Finanzierung durch Arbeitnehmende und Arbeitgebende entlassen worden. Auch die solidarische Erwerbstätigenversicherung, für die die Fraktion DIE LINKE sich starkmacht (siehe Kapitel 9: Die rentenpolitischen Alternativen der Fraktion die LINKE), würde das Beitragsaufkommen verbessern.

Behauptungen, die Belastung der Unternehmen und der Reichen durch Steuern und Sozialabgaben würden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen, haben sich mittlerweile selbst ad absurdum geführt. Deutschland ist nach wie vor Exportchampion und mittlerweile Schlusslicht in Europa bei den Lohnstückkosten. Das Beklagen zu hoher Lohnkosten und die Forderung nach Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten hat sich damit längst als das demaskiert, was es ist: als interessengeleitete Stimmungsmache der Vertreterinnen und Vertreter der Kapitaleseite. Dasselbe gilt für die Demagogie mit der Demografie!

Kapitel 8: Was tun gegen die Jahrhundertkrise? – Die Vorschläge der Fraktion Die LINKE

Wir sind derzeit Zeuginnen und Zeugen der schwersten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik mit bereits eingetretenen und noch bevorstehenden dramatischen Folgen für die Menschen.

Die Bundesregierung hat diese Krise von Beginn an unterschätzt und unterschätzt sie noch heute.

Sichtbar wird dies nicht nur in der völlig unzureichenden Dimension ihrer Gegenmaßnahmen. Weil sie den tieferen Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise – die Umverteilung von unten nach oben (siehe Kapitel 5: Die tiefere Ursache der Krise) – nicht verstanden hat, hangelt sich die Bundesregierung von einem hektisch zusammengeschusterten Rettungspaket zum nächsten, ohne ein Gesamtkonzept zu haben. Der IWF bescheinigt der Bundesregierung denn auch ökonomische Inkompetenz in drei Punkten: Die Maßnahmen seien deutlich zu schwach bemessen, nicht auf niedrige Einkommen konzentriert und international nicht abgestimmt. Wirtschaftsexperten beziffern den Umfang zusätzlicher Mittel des zweiten Konjunkturpakets auf unter ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während die USA oder China fünf bis acht Prozent lockermachen.

Die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE stehen dagegen in einem kohärenten Gesamtzusammenhang und packen das Problem an der Wurzel.

Im Kern gehen sie in zwei Richtungen: Zum einen wollen wir durch drastische Eingriffe in die Verteilungsstrukturen der vermögensgetriebenen Spekulationswirtschaft die Grundlage entziehen und die notwendigen Finanzmittel bereitstellen, um das Land aus der Krise zu führen. Die Umverteilung von oben nach unten muss endlich auf die Tagesordnung! Zum anderen wollen wir über die Ankurbelung der Massenkaufkraft und weitgehende Eingriffe in die ökonomischen Strukturen Wirtschaft und Gesellschaft auf einen Entwicklungspfad lenken, der die Dominanz der Profitlogik durchbricht.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für Menschen, der im Einzelnen folgende Maßnahmen beinhaltet:

- Gerechte Steuerpolitik: höhere Steuereinnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe durch eine Millionärsteuer von mindestens fünf Prozent für Privatvermögen ab einer Million Euro zusätzlich zur wieder eingeführten Vermögenssteuer, einer neu einzuführenden Finanztransaktionssteuer (Börsenumsatzsteuer plus Steuer auf Devisengeschäfte), einer höheren Erbschaftsteuer und einem höheren Spitzensteuersatz.
- Mindestlohn und Überwindung von Hartz IV: Trockenlegung des Niedriglohnsektors durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro, Verbot der Leiharbeit und Zurückdrängung der Befristung von



Bei den großen Demonstrationen von Sozialbewegung und Gewerkschaften am 28. März und 16. Mai 2009 trugen Abgeordnete und Mitglieder der Partei DIE LINKE ihre Forderung nach einem Schutzschirm für Menschen auf die Straße.

Arbeitsverträgen, Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I sowie Einführung einer bedarfsorientierten repressionsfreien Mindestsicherung.

- Gute gesetzliche Renten statt Privatisierung: die Wiederherstellung der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente durch Rücknahme der rot-grünen Rentenreformen; die kurzfristige Kompensation der Rentenkürzungen durch eine sofortige Nachzahlung in Höhe von vier Prozent für alle Rentnerinnen und Rentner; Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut, Stärkung des Solidarausgleichs in der gesetzlichen Rente statt Subventionierung der privaten Versicherungswirtschaft.
- Zwei Millionen neue Arbeitsplätze: Schaffung von mehr als zwei Millionen zusätzlichen, tariflich bezahlten Arbeitsplätzen durch ein staatliches Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro pro Jahr mit den Schwerpunkten Klimaschutz, Infrastruktur, Verkehr, Bildung und Gesundheit, eine Million davon im öffentlichen Sektor.
- Rücknahme von Entstaatlichung und Privatisierungen: Menschliche Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit müssen ebenso wie der Zugang zu Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten für jeden Menschen gewährleistet werden.
- Neuordnung des Finanzwesens: Überführung der privaten Banken in Gemeineigentum, Vorrang der Haftung von Bankgläubigern vor der Haftung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bei der Abwicklung der Risikopapiere, Verbot der Ausplatzierung von Risiken durch Verbriefungen und Zweckgesellschaften, Abwicklung der Investmentbanken und des Bankeneigenhandels, Verbot von Bankgeschäften in regulierungsfreien Zonen und mit Instituten mit Sitz in Steueroasen, Eindämmung exzessiver Kredithebel-Finanzierung, Verbot von Wucherzinsen, Verpflichtung zur Bereitstellung eines Girokontos für alle Bürgerinnen und Bürger.

Kapitel 9: Die rentenpolitischen Alternativen der Fraktion DIE LINKE



Martina Bunge (Mitte) und Elke Reinke (rechts), Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, werben vor Ort für rentenpolitische Alternativen.

Kapitalgedeckte private Renten sind gleichzeitig Mitverursacher und Opfer der gegenwärtigen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie haben mit dazu beigetragen, die Geldmenge aufzublähen, die im Hunger auf möglichst hohe Renditen in immer spekulativere Anlagen investiert wurde. Nun leiden sie unter den massiven Wertverlusten, die das Platzen der Zockerblase verursacht hat. Mancherorts gehen sogar ganze Pensionsfonds pleite. Die Beschäftigten schauen in die Röhre.

Die gegenwärtige Situation macht es damit nun auf schmerzliche Weise auch praktisch deutlich: Kapitalgedeckte Systeme sind anfällig gegenüber finanziellen Krisen. Das öffentliche, umlagefinanzierte Rentensystem ist das nicht. Es hat darüber hinaus weitere unschlagbare Vorteile für die Menschen (siehe Kapitel 6: Gute Argumente für die gesetzliche Rente).

Es ist politisch verantwortungslos, das Leben im Alter abhängig zu machen von den Turbulenzen auf den Finanzmärkten und den Zockerinteressen von Spekulanten.

Die Fraktion DIE LINKE will deshalb einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Unser Alternativprogramm beinhaltet folgende Punkte:

Gute Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung statt Privatisierung

Die Fraktion DIE LINKE will die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Alterssicherung machen. Die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung muss wieder den Lebensstandard im Alter sichern. Die Privatisierung der Absicherung des Lebensstandards muss rückgängig gemacht werden. Dazu muss

die Niveauabsenkung zurückgenommen werden und ein definiertes Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente festgeschrieben werden.

Die Kürzungsfaktoren müssen aus der Rentenformel gestrichen werden. Auch das Beitragssatzdogma muss aufgehoben werden. Der Beitragssatz muss sich wieder am angestrebten Leistungsniveau orientieren. Die Milliarden des Bundes, die in die Förderung der privaten Alterssicherung fließen, müssen in die gesetzliche Rentenversicherung überführt werden, um dort gezielt die Rentenansprüche von Geringverdienenden und Erwerbslosen aufzustocken. Sie sind so weit sinnvoller ausgegeben als für die Subventionierung der privaten Versicherungswirtschaft, die die staatlichen Zulagen in Wahrheit darstellen. Private und betriebliche Formen der Altersvorsorge können die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ergänzen, aber nicht ersetzen. Für sie müssen Regulierungen geschaffen und der Verbraucherschutz muss gestärkt werden.

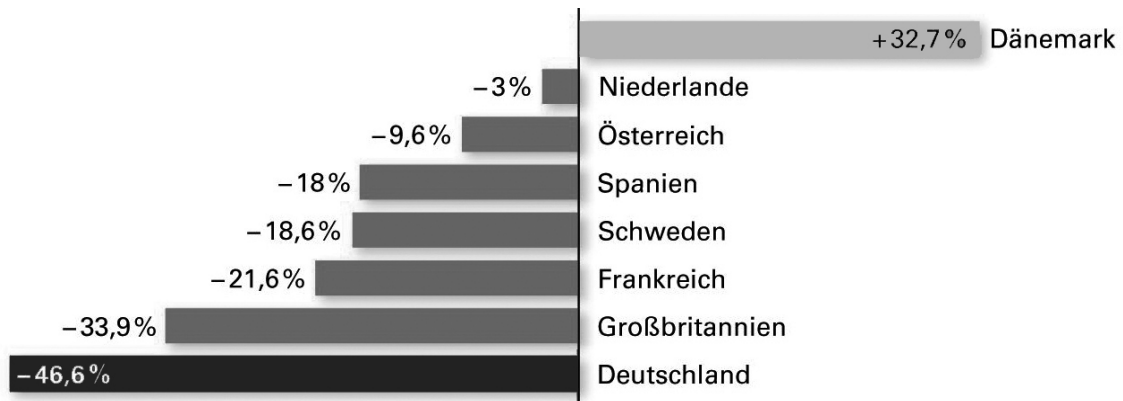
Gute Arbeit, gute Löhne, gute Renten

Damit die Menschen gute Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, muss aber nicht nur das Niveau der öffentlichen Rente verbessert werden. Es müssen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Menschen Ansprüche auf gute Renten erwerben. Diese bestehen darin, dass Menschen gute Arbeit haben und gute Löhne bekommen und so Ansprüche auf eine gute Alterssicherung aufbauen. Sie bestehen darin, dass Frauen durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie der Aufbau einer eigenständigen Alterssicherung ermöglicht wird. Und sie bestehen darin, dass Menschen in Phasen der Arbeitslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege und niedriger Einkommen dennoch ausreichende Rentenansprüche erwerben. Auch dafür setzt sich die Fraktion DIE LINKE ein: Für gute Arbeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den solidarischen Ausgleich zugunsten von Nichterwerbstätigen und Geringverdienenden.

Flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt Rente ab 67

Ein gerechtes Rentensystem beinhaltet auch, dass die Altersgrenze für die Regelaltersrente von der Mehrheit der Versicherten erreicht werden kann. Das ist bei der Rente ab 67 Jahren nicht der Fall! Die Mehrheit der Menschen kann nicht einmal bis zum jetzigen Rentenalter von 65 Jahren arbeiten. Die Rente ab 67 bedeutet deshalb Rentenkürzungen und für viele den Weg in die Altersarmut. Für die Finanzierungsbasis der Rentenversicherung bringt sie dagegen kaum etwas. Sie muss zurückgenommen werden! Stattdessen müssen flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr geschaffen werden, zum Beispiel durch die geförderte Altersteilzeit und einen abschlagsfreien und erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten.

Gefährdete Alterssicherung bei Geringverdienern



Quelle: OECD 2007, © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Ein durchschnittlicher Geringverdiener* erhält im Vergleich zum Arbeitseinkommen als Rentner netto...

* mit Einkommen bis 50 % des Durchschnittsverdienstes;

Leben in Würde im Alter für alle

Alle sollen im Alter ein Leben in Würde führen können. Die Fraktion DIE LINKE will deshalb, dass alle Menschen wenigstens 800 Euro aus der gesetzlichen Rente oder aus der Grundsicherung im Alter haben. Sie will deshalb die Leistungen entsprechend erhöhen und als Mindestsicherung gemeinsam mit der beitragsbezogenen Rente unter einem Dach organisieren.

Öffentlich und sozial gerecht ist billiger als privat

Eine solidarische und sichere Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die private Vorsorge überflüssig macht, ist machbar und bezahlbar. Für die Beschäftigten ist sie sogar deutlich billiger als die derzeit verfolgte Politik. Sie müssen bis zum Jahr 2030 17 Prozent ihres Bruttoeinkommens in die verschiedenen Alterssicherungssysteme einzahlen, um eine ausreichende Alterssicherung zu bekommen – elf Prozent in die gesetzliche Rente, circa drei Prozent für die Riester-Rente (staatliche Zulagen berücksichtigt) und weitere drei Prozent, um die immer noch verbleibende Lücke zu einer den Lebensstandard sichernden Rente zu schließen. Für die Arbeitgeber bleibt der Beitragssatz dagegen bis zum Jahr 2020 bei zehn und bis 2030 bei elf Prozent gedeckelt. Würden sie wieder paritätisch, das heißt zu gleichen Teilen an der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung beteiligt, müssten die Beschäftigten in den nächsten Jahren nur elf bis zwölf Prozent und ab 2030 nicht mehr als 14 Prozent zahlen und würden wieder eine den Lebensstandard sichernde Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Die Unternehmen

müssten einen höheren Beitragssatz zahlen, was angesichts der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der geringen Lohnstückkosten (siehe Kapitel 7: Schlechte Argumente gegen die gesetzliche Rente) kein Problem ist.

Privat ist teuer. Paritätisch ist besser

Außer durch die Wiederherstellung der Parität will die Fraktion DIE LINKE die Finanzbasis der gesetzlichen Rentenversicherung aber auch noch auf einem anderen Weg verbessern: Über die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Auch Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker sowie Selbstständige sollen in diese solidarische Erwerbstätigenversicherung einzahlen, und zwar auf ihr volles Einkommen. Zusätzlich soll die Beitragsbemessungsgrenze angehoben beziehungsweise aufgehoben werden. Die damit verbundenen Steigerungen der Rentenansprüche werden jedoch nach oben hin, also für hohe Rentenansprüche abgeflacht. So wird Spielraum für die solidarische Umverteilung gewonnen.

Eine paritätisch finanzierte Erwerbstätigenversicherung, die den Lebensstandard sichernde Renten zahlt und solidarischen Ausgleich betreibt, bietet im Vergleich zur Absicherung über private Systeme nicht nur bessere Leistungen für die Versicherten. Sie ist auch kostengünstiger für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und sie ist zukunftssicher, wenn ausreichend gute Arbeit vorhanden ist und die Verteilung stimmt. Auch hier gilt der Zusammenhang, für den die Fraktion die LINKE streitet: Gute Arbeit, gute Löhne, gute Renten!

Unsere parlamentarischen Initiativen zur Alterssicherung:

Bundestagsdrucksache Nr.	Anträge	Datum
16/12295	Erhöhung der Regelaltersrente auf 67 zurücknehmen	23.3.2009
16/8634	Riester-Rente auf den Prüfstand stellen	14.3.2008
16/5903	Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente	4.7.2007
16/6440	Die gesetzliche Rentenversicherung zur solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausbauen	19.9.2007
16/7038	Solidarausgleich in der Rente für Versicherte mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und geringen Einkommen stärken	8.11.2007
16/6734	Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert	18.10.2007
16/2747	Nein zur Rente ab 67	28.9.2006
Kleine Anfragen		
16/12774	Riesterförderung: Subventionierung der Versicherungswirtschaft ohne praktische rentenerhöhende Wirkung für die Riester-Sparenden	30.4.2009
16/11103	Auswirkungen der von der privaten Versicherungswirtschaft angenommenen Lebenserwartungen auf die Rendite von Riester-Renten	2.12.2008
16/11161	Interessenkonflikte des Vorsitzenden des Sachverständigenrates und des Sozialbeirats der Bundesregierung Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Adalbert Rürup durch seinen Wechsel zu einem privaten Finanzdienstleister	28.11.2008
16/10740	Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Einlagensicherheit bei den Sozialversicherungsträgern sowie auf die private Altersvorsorge	4.11.2008
16/10280	Riester-Rente – Sparer verlieren staatliche Zulagen durch hohe Gebühren	23.9.2008
16/9053	Berechnung und Verwendung der Risikoüberschüsse aus sogenannten Riesterverträgen	14.5.2008
16/8312	Leistungsniveau der Rente bei der gesetzlichen Rentenversicherung und der sogenannten Riester-Rente	10.3.2008
16/8297	Aussagen zu Modellrechnungen zur Armutsfestigkeit einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und so genannter Riester-Rente	3.3.2008
16/7829	Leistungsniveau der gesetzlichen Altersrente, Riesterförderung und Grundsicherung im Alter	29.1.2008

www.linksfraktion.de